

Rede zur Einbringung des Nürnberger Stadthaushalts 2022



Stadtkämmerer Harald Riedel

Hinweis: Die Haushaltsrede ist nur in Kombination mit dem zugehörigen Foliensatz verständlich. Es gilt das gesprochene Wort.

Die Folien finden sich in einem kleinen Format an den entsprechenden Stellen im Text und nochmals im Großformat für das Detailstudium nach dem Text der Haushaltrede.

Die Herausforderung des Nürnberger Stadthaushalts 2022: Nachhaltige Stadtpolitik und nachhaltige Finanzen wieder in Einklang bringen!



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat, der Verwaltung und der Presse,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

ich beginne meine Haushaltsrede in diesem Jahr auf der Beziehungsebene zwischen Ihnen und mir, die Zahlen zur Beziehung kommen dann auch noch. Aber ich glaube, im Hinblick auf die künftigen Entscheidungen des Stadtrats ist es wichtig, eine gegenseitige Positionsbestimmung vorzunehmen. Damit fange ich heute als Kämmerer an und Sie ziehen dann ja bei den Haushaltsreden im November nach. Warum erscheint mir das notwendig?

Wir kommen aus einem im Nachhinein betrachteten „goldenen Haushaltsjahrzehnt“. Wachsende Steuereinnahmen haben uns geholfen, unsere Vorhaben, auf die wir uns gemeinsam verständigt hatten, Schritt für Schritt umzusetzen:

- Wir haben den Investitionshaushalt massiv angehoben, um die wichtigen Investitionen in Schulen, Kitas und Infrastruktur konkret zu realisieren.
- Wir haben unsere Verwaltung gestärkt in vielen Bereichen: Bei den Bürgerservices, im Bau- und Planungsbereich, im Jugend- und Sozialbereich und sogar in der Querschnittsverwaltung – wenn jetzt in der Coronazeit gefordert wird, staatliche Institutionen wieder stärker und handlungsfähiger zu machen, wir als Stadt haben das in vielen Bereichen vorweggenommen.
- Wir haben den Leitsatz der „solidarischen Stadtgesellschaft“ in vielen Bereichen konkret gelebt mit vielen Maßnahmen und Projekten im Kultur-, Jugend- und Sozialbereich, in der Stadtplanung – und wir konnten uns das leisten.
- Unsere Töchter hatten sich gut entwickelt, standen weitgehend auf eigenen Beinen, sei es das Klinikum, die Messe, der Flughafen, unsere N-Ergie oder die wbg. Und unsere VAG und damit den ÖPNV haben wir mit einer Tarifreform gestärkt, die uns gleichzeitig eine hohe Zahl neuer Fahrgäste und einen einstelligen Millionenbetrag an Mehreinnahmen gebracht haben – eine Maßnahme, die bis heute viel zu wenig Beachtung gefunden hat.

Und neben all diesen Maßnahmen haben wir miteinander darauf geachtet, dass der Haushalt im Gleichgewicht bleibt, es waren sogar leichte Überschüsse möglich, die uns heute über die Ergebnisrücklage helfen. Diese Haushalte waren voll genehmigungsfähig, ohne Sparauflagen und auch die mittelfristige finanzielle Leistungsfähigkeit war im Lot. Es war nicht so, dass es nicht auch schon damals

viele zusätzliche Bedarfe gegeben hätte, aber wir haben das miteinander ausbalanciert und haben ein Stück weit die alten, aus meiner Sicht unsinnigen Rollenmuster hinter uns gelassen: der Stadtrat will immer mehr und der Kämmerer sagt immer nein. Wir haben uns mit einer breiten Mehrheit meist schnell im Sinne der Fortentwicklung der Stadt geeinigt und konnten uns nach der Entscheidung des Stadtrats auf das „Wie“ der Umsetzung konzentrieren – sowohl die Fachreferentinnen und Fachreferenten als auch die Querschnittsverwaltung.

Seit dem 1. Mai 2020 hat sich aus meiner Sicht vieles verändert, auf das Sie als Stadtrat reagieren mussten, daran gibt es keinen Zweifel:

- die Coronakrise hat neue Aufgaben und Ausgaben gebracht, die unumgänglich waren
- die damit einhergehende Wirtschaftskrise hat die Einnahmensituation in 2020 deutlich verschlechtert, dafür kann niemand in diesem Haus irgendetwas – aber es besteht die Gefahr, dass die öffentlichen Haushalte, eben auch in Nürnberg, an „longcovid“ leiden.
- die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um einen Beitrag zur Verlangsamung des Klimawandels zu leisten, geht einher mit dem Wunsch einer breiten Bürgerschaft, die Lebensqualität in der Stadt zu verbessern durch mehr Grün und eine fundamental andere Verkehrskultur.

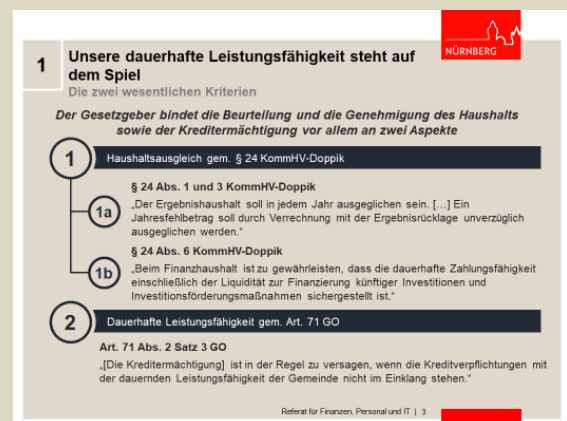
Und deshalb haben Sie zu Recht Maßnahmen beschlossen, die ich nicht politisch zu bewerten habe. In meiner Rolle zwingen mich diese aber dazu, Sie heute deutlich darauf hinzuweisen, dass wir Gefahr laufen, dass der Wille, die Nürnberger Stadtpolitik in vielerlei Hinsicht nachhaltiger auszurichten, in gewisser Weise die Nachhaltigkeit der Stadtfinanzen gefährden kann. Und dass dadurch ein nicht zu unterschätzendes Risiko entsteht, dass das, was die große Mehrheit des Stadtrats im kommenden Jahrzehnt an konkreten Klimaschutz- und Verkehrswendemaßnahmen angehen will, nicht mehr zu finanzieren ist.

Und deswegen ist die Haushaltseinbringung für 2022 überschrieben mit: *„Nachhaltige Stadtpolitik und nachhaltige Finanzen wieder in Einklang bringen!“* – das ist aus meiner Sicht eine der wesentlichen Herausforderungen der nächsten Jahre!

Und damit bin ich schon mitten im Thema dieser Rede, Folie 2 zeigt Ihnen, worüber wir heute reden.



Und zu Beginn muss ich Ihnen schon nochmals erklären, warum dieses Thema der „Dauerhaften Leistungsfähigkeit“ für Ihre Haushaltsverantwortung als Stadtrat so zentral ist.

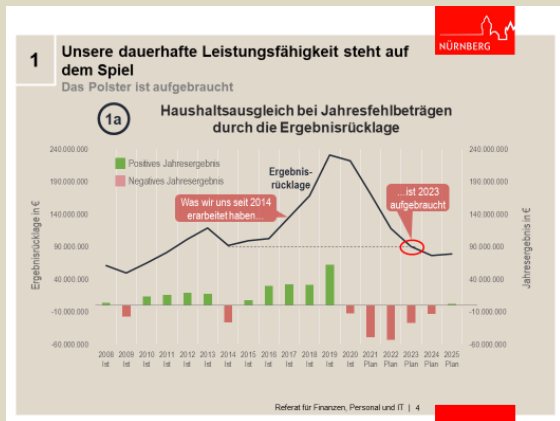


Weil es zwei wesentliche Kriterien gibt, die die kommunalen Haushaltsgesetze als Voraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit ohne Auflagen setzen:

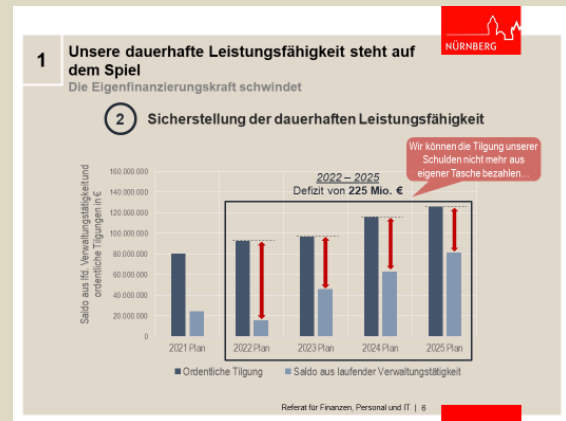
- Hier 1a: ein ausgeglichener Haushalt. Und wenn er im Minus ist wie unserer, dann ist das solange kein Problem, solange die Ergebnissrücklage in der Lage ist, diesen auszugleichen. Darauf kommen wir gleich nochmal.
- Und 1b sagt übersetzt, dass die liquiden Mittel ausreichen

Und wenn diese beiden Kriterien dauerhaft nicht eingehalten werden können, dann sind auch weitere Kredtermächtigungen zu versagen. Das kann im Ernstfall bedeuten, dass wir keine weiteren Kredite mehr genehmigt bekommen und ein wesentlicher Teil unserer Investitionen nicht stattfinden kann. Das sind keine leeren Drohungen, sondern die permanente Realität in den Ruhrgebietsstädten.

Soviel zur Rechtslage, aber wo stehen wir aktuell tatsächlich?



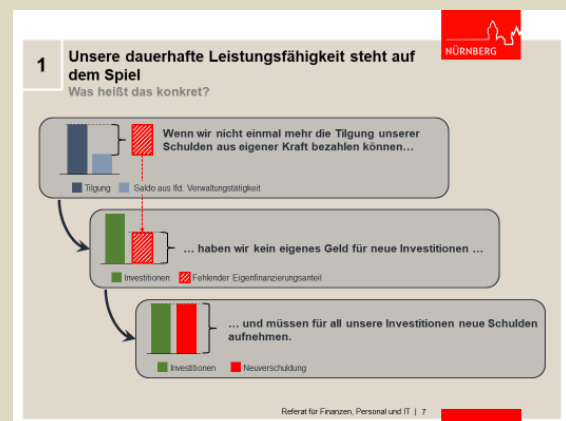
Sie sehen den Verlauf der Ergebnisrücklage, dabei den schon beschriebenen Aufbau zwischen 2014 und 2019, aktuell beträgt sie 221,5 Mio. € und Sie sehen, dass wir einen wesentlichen Teil des Polsters im kommenden Finanzplanungszeitraum aufbrauchen werden. Die gute Nachricht ist sicher, dass wir die Rücklage bis 2025 nicht ganz verbrauchen, es bleiben, wenn es planmäßig läuft, noch ca. 79 Mio. € übrig. Aber das ist bei einem Haushalt von 2 Mrd. € kein üppiges Kissen, wenn die nächste Krise kommt.



Folie 6 zeigt ein ganz hartes Kriterium für die Haushaltsgenehmigung und das ist vielleicht die dramatischste Entwicklung. Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit, das sind die hellblauen Balken rechts, deckt in keiner Weise mehr unsere laufenden Tilgungen für unsere Kredite. Über den Finanzplanungszeitraum bis 2025 fehlen uns hier satte 225 Mio. €. Das ist so, als wenn Sie als Privathaushalt nicht mehr genug verdienen würden, um ihren Immobilienkredit tilgen zu können. Dann müssen Sie das aus ihren letzten Ersparnissen tun und das ist der Grund, warum unsere Liquidität auf Folie 5 so dahinschmilzt. Das große Problem hier: Bis 2025 wird die Lücke etwas kleiner, aber sie ist nicht weg. Das ist nach meiner Erfahrung dann ein möglicher Auslöser für Sparauflagen durch die Regierung.



Schwieriger wird es aber mit der eigentlichen Liquidität, also unserem Girokontostand. Wir fangen 2022 plangemäß mit einem Finanzmittelbestand von 281 Mio. € an, der dann trotz hoher Kreditaufnahmen bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums auf ein Minus von 54,1 Mio. € abschnilzt. Es besteht damit konkret die Gefahr, dass wir dann in die Lage der Städte in NRW geraten, die einen Teil ihrer laufenden Ausgaben, z.B. ihre Gehälter, aus Kassenkrediten bestreiten.



Folie 7 erklärt nochmal den Teufelskreis, in dem wir uns befinden: Wir haben immer weniger Geld, um Neuinvestitionen und Tilgungen zu zahlen und müssen uns deshalb immer weiter verschulden. Oder noch gesteigert: Wir bekommen gar keine Kreditermächtigungen mehr mit dem Ergebnis, dass unser Investitionshaushalt in sich zusammenbricht.

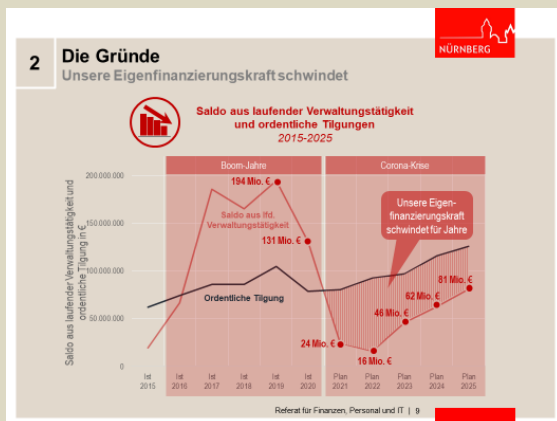
Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Das versuchen die folgenden Folien aufzuzeigen.



Da ist die schon erwähnte, stark abnehmende Eigenfinanzierungsfähigkeit, die 3 Ursachen hat:

- niedrigere Steuereinnahmen als benötigt und vor der Krise erwartet
- zusätzliche Kosten durch die Coronapandemie, dazu zählen auch die Unterstützungsleistungen für unsere Töchter
- wachsende Personalausgaben aufgrund des Aufgabendrucks in allen Bereichen der Verwaltung

Und dann eben das rasant wachsende Investitionsvolumen mit einer Vervielfachung seit 2008 mit den bisherigen Schwerpunkten, dazu drängen jetzt die Maßnahmen für Klimaschutz und Verkehrswende, auch für Digitalisierung hinein. Dies alles mit der Folge eines besorgniserregenden Schuldenanstiegs.



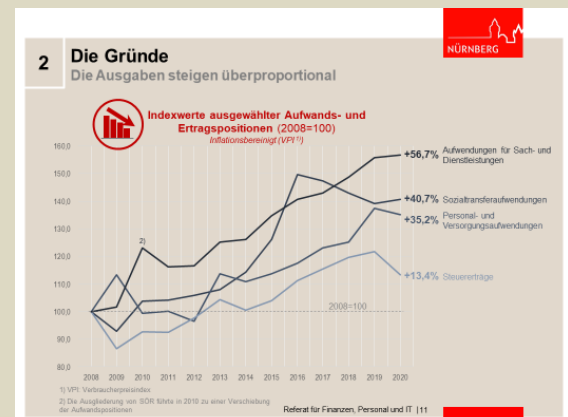
Im Einzelnen:

Folie 9 zeigt den regelrechten Absturz des wichtigen Cashflows aus der Verwaltungstätigkeit, von 194 Mio. € auf 131 Mio. € in 2020, hier noch gebremst durch die Ausgleichszahlungen von Bund und Land in Höhe von 62 Mio. €. Aber dann auf 24 Mio. € in der Planung für 2021 und 16 Mio. € in 2022 als Tiefpunkt. Danach steigt es wieder an, erreicht aber nicht mehr das alte Niveau, das wir bräuchten, um nicht nur die Tilgungen zu zahlen,

sondern auch freie Mittel für Neuinvestitionen zu haben.



Und hier die Coronakosten am Beispiel 2020, 2021 ist noch nicht belastbar darstellbar, insbesondere die Erstattungen erfolgen ja immer stark zeitverzögert. Aber es wird klar, wir bekommen zwar viel erstattet, in 2020 immerhin rund 65 Mio. €, aber netto bleiben Zusatzkosten von 27,5 Mio. € bei uns hängen.



Aber es ist nicht nur Corona, auch unsere regulären Ausgaben sind immer weiter gestiegen. Die Sach- und Dienstleistungen inflationsbereinigt um fast 57 %, da steckt ein Stück weit auch die Digitalisierung drin. Die Sozialaufwendungen, immerhin ein Drittel unseres Haushalts um knapp 41 %. Das ist eine wichtige und interessante Kurve, Sie sehen den Knick ab 2016 nach unten. Das haben wir lange nicht für möglich gehalten: Sinkende Sozialausgaben! Kolleginnen und Kollegen, das ist möglich, wenn Wirtschaft und Arbeitsmarkt wachsen. Und deswegen mein dringender Appell an Sie: Wir brauchen auch künftig eine starke Wirtschaft, gesunde Unternehmen und gute Arbeitsplätze. Alles, was wir ausgeben und investieren, muss vorher erwirtschaftet werden in der von vielen inzwischen verpönten Privatwirtschaft. Und eine gute Entwicklung dort wirkt sich nicht nur positiv auf die Steuereinnahmen aus, sondern eben auch dämpfend auf die Sozialausgaben

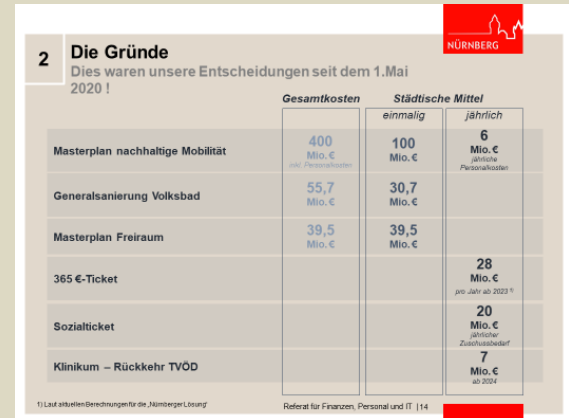
und gibt uns wiederum mehr Spielraum für Investitionen, u.a. für Klimaschutz und Mobilitätswende.

Das Thema Personalaufwendungen habe ich schon zu Anfang erwähnt und die untere Kurve zeigt, dass das Wachstum der Steuereinnahmen auch in den guten Zeiten nicht so überbordend war, wie öffentlich oft behauptet.

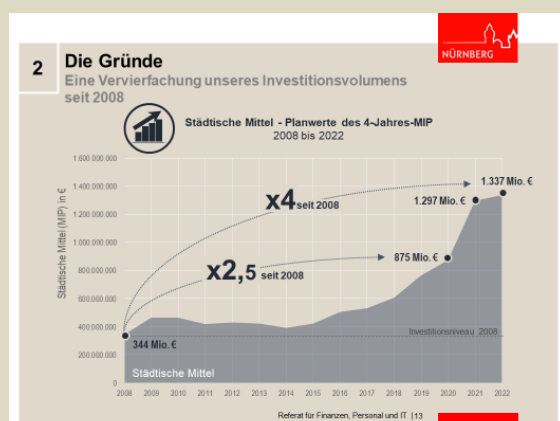
Damit sind wir beim Thema Investitionen und Sie sehen eine Vervielfachung des Investitionsniveaus bei den benötigten Eigenmitteln über die vier Jahre des Finanzplanungszeitraums und diese müssen natürlich erstmal erwirtschaftet werden. Besonders stark der Anstieg seit 2015, alleine in dieser Zeit hat sich der Ansatz mehr als verdreifacht.

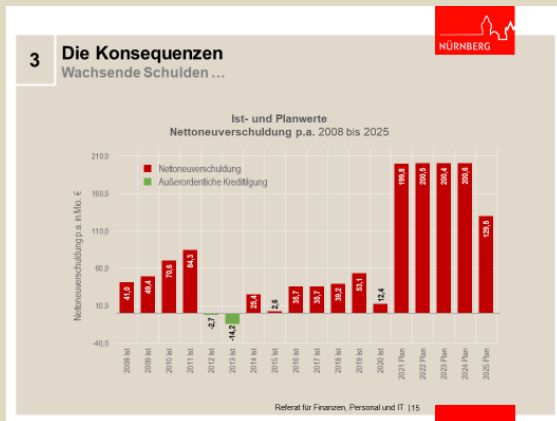


Folie 12 konkretisiert den Stellenzuwachs. Und dieser widerlegt die Legende, die sich in Verwaltung und manchmal auch in den Medien zum Teil hartnäckig hält, dass wir permanent Personal eingespart haben. Das Gegenteil ist der Fall, wir haben seit 2008 inklusive der Eigenbetriebe fast 3.000 Stellen geschaffen, verteilt über alle Segmente der Verwaltung, das zeigt der rechte Kasten. Auch für 2022 müssen wir Ihnen wieder 273 Stellen zur Schaffung vorschlagen, um unsere Aufgaben erfüllen zu können. Schwerpunkte sind wie bisher der Sozial- und Jugendbereich, dazu das Umwelt- und Gesundheitsreferat, die Bürgerdienste im OBM-Bereich, das Planungs- und Bausegment, die IT, das Personalamt und das Gebäudemanagement, die IT der Schulen und SÖR. Wesentlich für Sie: Wir fangen mit dem Stellenaufbau für die Umsetzung des Mobilitätspakts konkret an, aber nicht ganz im gewünschten Umfang, danke an die Kollegen Vogel und Ulrich für den guten Kompromiss.

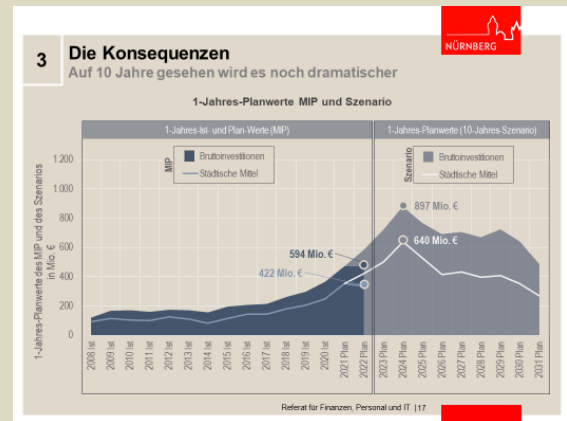


Folie 14 kann ich Ihnen, wenn es um die Gründe für die gefährdete Genehmigungsfähigkeit unseres Haushalts geht, nicht ersparen. Das sind Ihre großen Entscheidungen seit dem 1. Mai 2020, politisch weiterhin als wegweisend eingeschätzt, aber mit großer finanzieller Auswirkung. Zuletzt der Masterplan Mobilität, Gesamtvolumen inkl. Personalkosten 400 Mio. € auf 10 Jahre gerechnet, aus eigenen Mitteln aufgrund der erhofften Förderungen investiv geschätzt 100 Mio. €. Die Generalsanierung des Volksbads mit Eigenkosten von knapp 31 Mio. €, für die einen ein „must have“-Projekt, für die anderen durchaus verzichtbar. Aber bei dieser Förderung, wenn schon, dann jetzt. Der Masterplan Freiraum mit knapp 40 Mio. € wohl unumstritten. Aus Haushaltssicht eher schwierig zu bewerten die Einführung des 365 €-Tickets ab 2023 mit jährlichen Kosten von geschätzt 28 Mio. € und das Sozialticket mit einem geschätzten Zuschussbedarf von 20 Mio. €. Und dazu die Rückkehr der Klinikumsservicegesellschaft in den TVöD ab 2024 mit Kosten von 7 Mio. € pro Jahr, die voll aus dem Haushalt getragen werden müssen. Allein die unteren 3 Maßnahmen machen Mehrkosten von 55 Mio. € pro Jahr, die der Haushalt alleine tragen muss und eigentlich nicht kann. Und das ist es, was ich meine, dass es sich hier möglicherweise um Maßnahmen handelt, die die ökologische und soziale Nachhaltigkeit unserer Stadt verbessern, aber die finanzielle Nachhaltigkeit wirklich gefährden!

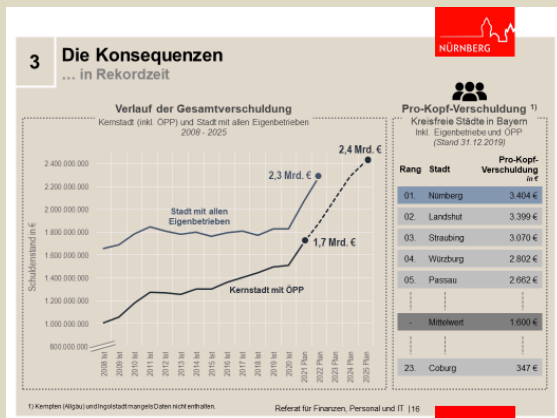




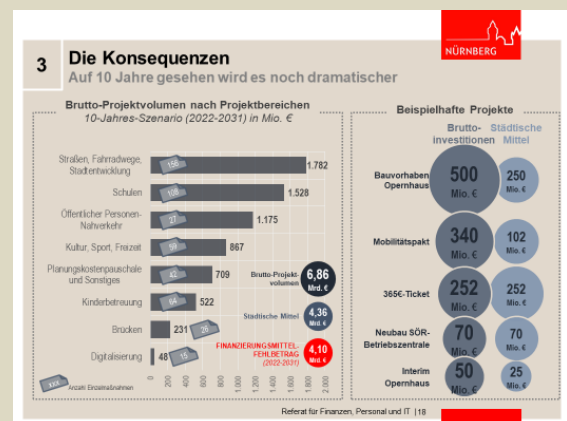
Und damit sind wir bei den Konsequenzen aus diesen Entwicklungen und Entscheidungen. Sie sehen die dramatische Entwicklung bei der Neuverschuldung über die nächsten 5 Jahre, die im Haushaltsentwurf immer um die 200 Mio. € liegt und erst 2025 wieder etwas zurückgeht.



Aber das ist noch nicht der Höhepunkt, Folie 17 zeigt, dass die Zahlen des aktualisierten Szenarios 2031, also unserer 10-Jahres-Rechnung, noch einmal ansteigen auf im Höhepunkt knapp 900 Mio. € Bruttoinvestition pro Jahr. Das sind noch einmal 50 % mehr als 2022, dasselbe gilt für die einzusetzenden städtischen Mittel.



Wenn wir das überhaupt so genehmigt bekommen, dann steigt die Verschuldung im Kernhaushalt auf 2,4 Mrd. € gegenüber aktuell knapp 1,7 Mrd. € mit den ÖPP-Projekten. Ich habe als Kämmerer immer vertreten, dass eine moderate Neuverschuldung akzeptabel ist, wenn man in die Zukunft investiert, aber diese Entwicklung muss im Auge behalten werden. Dabei ist die Zinsbelastung auf absehbare Zeit aufgrund der Niedrigzinsen das kleinere Problem, aber die Tilgungsleistungen müssen – wie vorhin gezeigt – erstmal bezahlt werden.



Die einzelnen Sparten sehen Sie links, ganz oben Verkehr und Stadtentwicklung. Da steckt natürlich der so hart kritisierte Frankenschnellweg drin, aber auch Fahrradwege und Grünflächen, dann die Schulen mit 1,5 Mrd. € und der ÖPNV mit 1,2 Mrd. €. Dann kommt schon die Kultur mit hier knapp 900 Mio. €. Sie sehen rechts, wir haben die Sanierungskosten des Opernhauses noch mit 500 Mio. € und das Opern-Interim mit 50 Mio. € angesetzt, aber es kursieren ja auch deutlich höhere Summen – und wie hoch hierbei die Zuschüsse sein werden, ist ebenfalls noch ein Unsicherheitsfaktor. Interessant die Planungskostenpauschale mit knapp 700 Mio. €, da sieht man, welche Wucht dieses Programm schon bei den Planungskosten hat. Auch in die Kinderbetreuung investieren wir nochmal eine halbe Milliarde, dazu die Brücken und die Digitalisierung. Bei den Beispielen rechts wird nochmal deutlich, dass das ersehnte 365€-Ticket ohne Förderung von außen im Zeitraum bis 2031 dann immerhin 250 Mio. € Mehrkosten bedeuten wird.

Und Sie sehen, dass die Umsetzung all der Projekte, die da aktuell schon in der Pipeline sind, alleine ab 2026 noch einmal ein Finanzierungsdefizit von 2,3 Mrd. € bedeuten, ab jetzt gerechnet sind es 4,1 Mrd. €. Dies bedeutet gegenüber der letztjährigen Zahl von 3,5 Mrd. € noch einmal einen Anstieg um 600 Mio. €. Das wäre dann die Neuverschuldung in den nächsten 10 Jahren, dies ist kaum vorstellbar. Und damit das klar ist zwischen uns, wir haben das auch dieses Jahr nicht pessimistisch gerechnet, das sehen Sie schon am Opernhausansatz und das gilt auch für die Entwicklung der Steuereinnahmen.

Nein, es ist die schiere Zahl an 500 notwendigen Einzelmaßnahmen und da ist für jeden von Ihnen was dabei, von der Neugestaltung Obstmarkt über die Feuerwehrgerätehäuser, die Grünanlagen bis hin zu den großen Schulen, die noch anstehen: Schulzentrum Südwest, das neue Schulzentrum im Tiefen Feld, das Martin-Behaim-Gymnasium sowie Neubau Gymnasium, Realschule und B13 in der Breslauer Straße. Jedes dieser Schulprojekte hat ein Volumen zwischen 150 und 200 Mio. €.

Was ich wahrnehme, ist, dass das finanzielle Stemmen und auch die tatsächliche inhaltliche Umsetzung dieses einzigartigen Kraftakts eigentlich als selbstverständlich angesehen wird und nicht als das, was es ist: Das größte Modernisierungs- und Zukunftsprogramm, das die Stadt jemals in Angriff genommen hat. Ein Programm, das unsere Verwaltung an ihre Grenzen bringt, finanziell, aber auch personell und psychisch. Der Druck ist immens und allorten spürbar und der Personalaufbau kommt immer gerade hinterher.

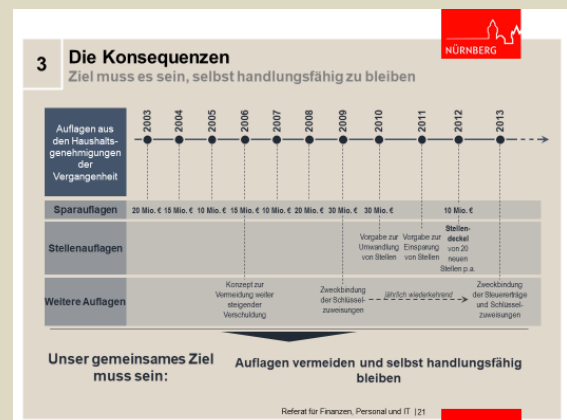
Ich glaube, ich kann auch für die Kolleginnen und Kollegen auf der Referentenbank sagen, „we all try really hard“ und wir stehen hinter dem, was Sie als Stadtrat treibt: Nachhaltiges Handeln und Investieren.



Folie 19 zeigt nochmal die Dimensionen, um die es uns allen geht: Die Reihenfolge ist nicht wichtig, weil es darum geht, alle Bereiche gleichzeitig anzugehen: eine nachhaltige Wirtschaftsstruktur und zukunftsfähige Arbeitsplätze, nachhaltige Bildung im weitesten Sinn, nachhaltige Stadtentwicklung, dazu die Mobilitäts- und Energiewende, alles mit Blick auf den Klimaschutz.



Aber in meiner Rolle muss ich uns alle heute mit Nachdruck bitten, auch das Thema Nachhaltigkeit bei den Finanzen nicht ganz aus dem Blick zu verlieren. Der Begriff der Enkelgerechtigkeit wird ja aktuell als Synonym für Nachhaltigkeit viel strapaziert. Wir versuchen auch dem in vielerlei Hinsicht gerecht zu werden: Abbau der Infrastrukturschulden, Versuch des Stoppens des Klimawandels, aber wir sollten auch unsere Finanzen einigermaßen enkelgerecht halten. Sie wissen, ich war nie ein Schuldenneurotiker oder ein Haushaltspaniker, aber jetzt finde ich, müssen wir gemeinsam aufpassen. Aus Verantwortung für die kommenden Generationen, aber auch für das jetzt, für uns selbst in dieser Stadtratsperiode.



Wenn wir den Bogen überspannen, dann könnten die Zeiten wiederkommen, von denen die, die das noch mitgemacht haben, immer gehofft haben, dass es nie mehr passiert. Wir haben Ihnen mal auf dem Zeitstrahl die Sparauflagen der Regierung zwischen

2003 und 2013 aufgelistet. Bis auf zwei Jahre jedes Jahr Sparauflagen zwischen 10 und 30 Mio. €. Ein Sparpaket von 30 Mio. € bedeutet eine dauerhafte Einsparung von ca. 500 Stellen. Ich habe aktuell keine Phantasie, wo wir eine solche Summe an Personal einsparen könnten, wo es überall immer zu eng ist. Und es gibt auch keine Nischen mehr, wo unsere Leute rumsitzen, die haben wir schon vor 20 Jahren alle aufgespürt. Wo sollen wir abspecken? Bei den Bürgerservices des Kollegen Kuch? Bei SÖR, wo ganz viele Umsetzungsprojekte laufen, die wichtig sind für mehr Grün und Sauberkeit? Beim Umweltamt oder gar beim Gesundheitsamt, wo wir uns gerade stabil für künftige Herausforderungen aufstellen? Bei den Schulen? Im Jugendamt? In Stadt- und Verkehrsplanung, wo die Kompetenz sitzt, eine wirklich nachhaltige Stadt zu planen? Da würde nur noch das Wirtschaftsreferat oder mal wieder die Kultur bleiben? Beides keine Pflichtaufgaben und trotzdem unverzichtbar, oder?

Ich trage das wegen der vielen jungen Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat vor, die das nicht mehr erlebt haben, sich vielleicht nicht vorstellen können, dass es passiert und wie schwierig das ist. Meine Auffassung: Lassen Sie uns mit aller Kraft versuchen, Auflagen zu vermeiden und selbst handlungsfähig zu bleiben.

Und vor diesem Hintergrund ist auch die von mir formulierte Bitte einer Beschlussdiät für eine gewisse Zeit zu verstehen. Wichtig: Eine Diät ist kein Essensverbot, ich weiß selbst, Sie werden und müssen kraft Ihres Auftrags als gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Nürnberger Bürgerschaft, weiter politisch gestalten. Es ist auch noch nicht alles auf den Weg gebracht, demnächst werden Ihnen die Kollegen Ulrich und Walthelm unseren Vorschlag zur klimagerechten Sanierung des städtischen Gebäudebestandes vorlegen, auch das wird Geld kosten. Aber viel mehr können wir nicht mehr finanzieren und auch nicht umsetzen.

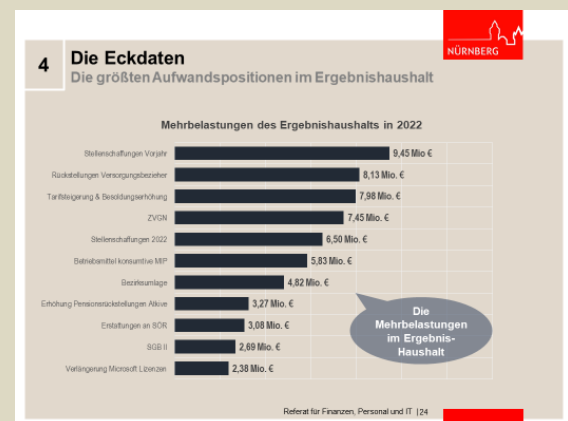
Damit bin ich beim eigentlichen Haushaltsplanentwurf für 2022, Sie sehen auf der linken Seite die Eckdaten, die das Gesagte unterstreichen: Ein geplantes Haushaltsdefizit von 53,9 Mio. €, eine jährliche Neuverschuldung von 200 Mio. €, was Gesamtschulden von 2,3 Mrd. € ab 2022 bedeuten würde. Das Finanzierungsdefizit zur Schuldentilgung von knapp 225 Mio. € habe ich Ihnen schon genannt.

4 Die Eckdaten
Der Haushalt in Zahlen

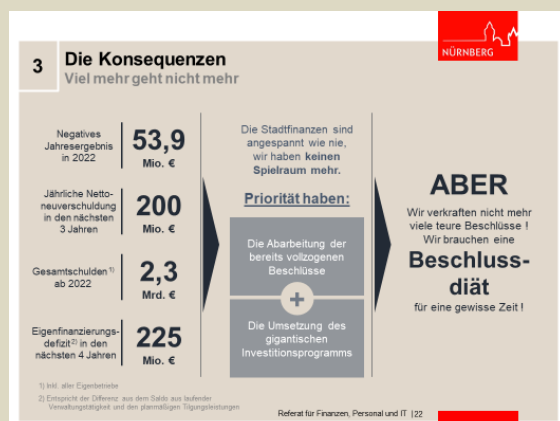
Haushaltszahlen	Plan 2022	Plan 2021 ¹⁾	Veränderung zum Vorjahr
Ordentliche Erträge	2.094,0 Mio. €	2.028,3 Mio. €	3,2%
Ordentliche Aufwendungen	2.134,0 Mio. €	2.063,5 Mio. €	3,4%
Jahresfehlbetrag	-53,9 Mio. €	-49,9 Mio. €	8,0%
Steuererträge	1.009,5 Mio. €	984,0 Mio. €	2,6%
Nettoneuverschuldung	200,5 Mio. €	199,8 Mio. €	0,3%
Brutto-Investitionen (MIP – investive Mittel)	471,2 Mio. €	468,4 Mio. €	0,6%
Brutto-Investitionen der nächsten vier Jahre (MIP – investive Mittel)	1.963,1 Mio. €	1.811,7 Mio. €	8,4%
Cashflow aus ffd. Verwaltungstätigkeit	15,7 Mio. €	24,0 Mio. €	-34,6%

1) MIP: Nachtragshaushalt Referat für Finanzen, Personal und IT | 23

Folie 23 zeigt die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfs 2022 mit Erträgen von 2,09 Mrd. €, Aufwendungen von 2,13 Mrd. €. Die geplanten Steuererträge liegen wieder knapp über der Milliarde, dazu später mehr. Und das Brutto-Investitionsvolumen für die nächsten vier Jahre liegt bei knapp 2 Mrd. €.



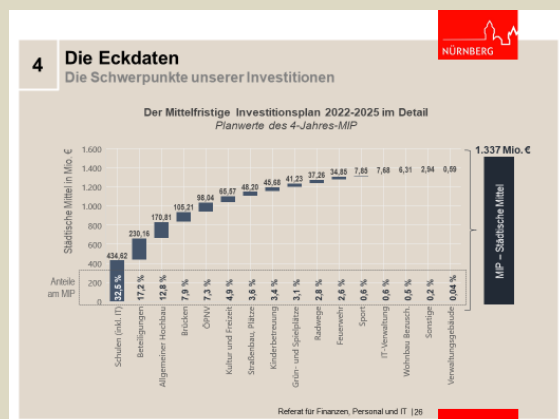
Was sind die größten Mehrbelastungen im nächsten Jahr? Ganz oben die Stellenschaffungen aus 2021 mit knapp 9,5 Mio. €, die erst im darauffolgenden Jahr voll durchschlagen, dazu die Rückstellungen für unsere Versorgungsbezieher und das aktive Personal, die Tarifsteigerungen und die neuen Stellenschaffungen. Hier sieht man die Bedeutung der Personalkosten mit insgesamt 35 Mio. € mehr in 2022. Die Bezirksumlage wird um knapp 5 Mio. € steigen, SÖR braucht für die Umsetzung der Stadtratsbeschlüsse 3 Mio. € mehr und die Verlängerung der Microsoft Lizenzen kostet knapp 2,4 Mio. €. Und all



diese Mehrbelastungen müssen erstmal durch höhere Steuererträge aufgefangen werden.



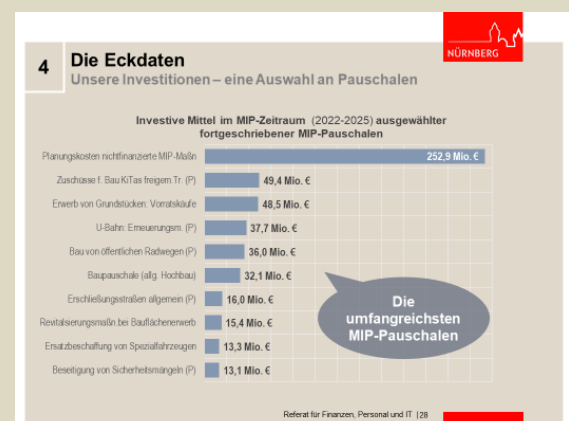
Was kommt komplett neu dazu im nächsten Jahr? Ganz oben der Kirchentag in 2023 mit Kosten von knapp 1 Mio. € schon in 2022. Eine dreiviertel Million für den Betriebsstrom der neuen Schullüftungsanlagen und deren Filteraustausch, eine halbe Million für IT-Sicherheitsmaßnahmen, Gebäudereinigungskosten für neue Gebäude, 250.000 € für das Kongresshallenprojekt und 200.000 € für Fassadenprüfungen zur Verkehrssicherheit.



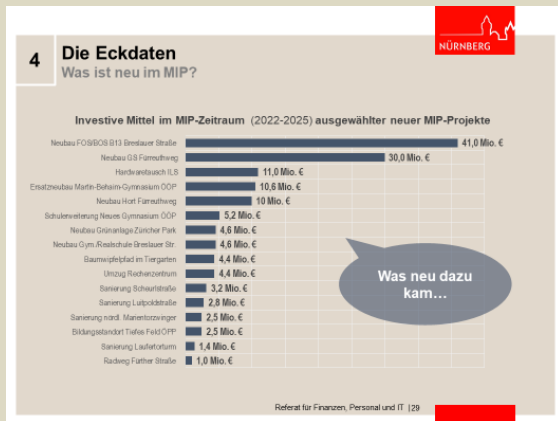
Damit kommen wir zum Mittelfristigen Investitionsplan bis 2025 und Sie sehen hier die Schwerpunkte: Ganz vorne die Schulen mit einem Drittel der gesamten Ausgaben, gefolgt von den Beteiligungen, darunter die Schwerpunkte Messe, Stadtwerke, Flughafen. Dann der Hochbau allgemein, die Brücken, der ÖPNV, die Kultur, Straßenbau/ Plätze, Kinderbetreuung, Grün- und Spielplätze, die Radwege und unsere Feuerwehr.



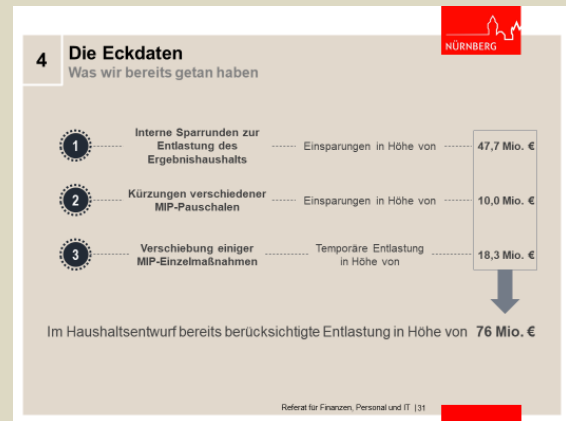
Folie 27 zeigt unsere großen Einzelmaßnahmen. Ganz vorne die BBS, dann die Brücke über den Frankenschnellweg, der Ausbau desselben, dann der Masterplan Freiraum, die U-Bahn, das neue Kinder- und Jugendhaus Untere Talgasse, das Stellwerk Eberhardshof, die Stadtumlandbahn, der Hort Wandenerstraße und das Verkehrslitsystem Messe/ Stadion.



Häufig im Hintergrund, aber ganz interessant unsere großen Ansätze von insgesamt 62 Pauschalen im MIP. Und hier weit vorne mit 253 Mio. € die Planungskosten für nicht-finanzierte MIP-Maßnahmen, also alles, was im Hintergrund schon geplant wird zur Aufnahme in den MIP. Auch hier zeigt sich der Umfang dieses Kraftakts, wenn die Planungspauschale schon diese Größenordnung hat. Auch die Zuschüsse für den Bau von Kitas freier Träger hat schon fast 50 Mio. €, ebenso wie die Pauschale zum Erwerb von Grundstücken mit der LA die strategischen Ziele des Stadtrats umsetzt. Wichtig aus Ihrer aktuellen Schwerpunktsetzung: Die Pauschale für Radwege beträgt jetzt schon 36 Mio. € über die 4 Jahre.



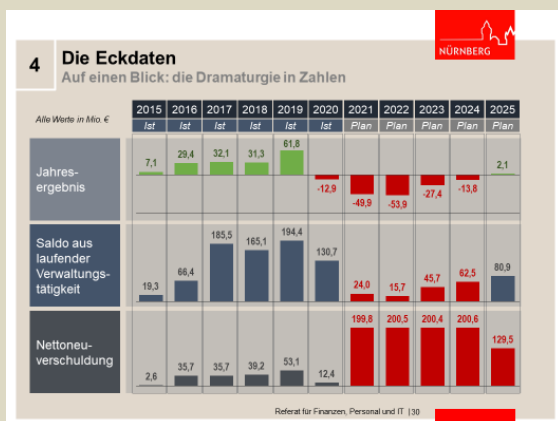
Was ist neu im MIP? Der Neubau der Fachoberschule und Berufsoberschule B13 sowie des Gymnasiums und der Realschule in der Breslauer Straße, dazu der Neubau der Grundschule und Hort Fürreuthweg, dann mit 11 Mio. € eine IT-Maßnahme der Integrierten Leitstelle, der Ersatzneubau für das Martin-Beheim-Gymnasium und die Erweiterung des Neuen Gymnasiums beginnen. Dazu die Grünanlage Zürcher Park, der Baumwipfelpfad im Tiergarten und der Umzug des Rechenzentrums. Ganz unten mit 1 Mio. € dann noch der Radweg in der Fürther Straße.



Alles wäre noch viel dramatischer, wenn wir seit Juli nicht in internen Sparrunden schon versucht hätten, aus eigener Kraft deutliche Haushaltsverbesserungen zu erreichen. Wir haben die Ausgaben im Ergebnishaushalt um fast 48 Mio. € reduziert. Das meiste davon spüren Sie nicht, manches aber schon. Evtl. wird die pauschale Kürzung der Sachkostenbudgets der Dienststellen um 10 % hier und da bemerkbar. Aber insbesondere die Kürzung der Art.5-Zuschüsse an die freien Träger um 5 % in einer Größenordnung von 1,4 Mio. € wird sicher ein Thema der nächsten Wochen sein. Aus Kämmerersicht ist dies ein maßvoller Beitrag zur Stabilisierung der Haushaltssituation, nachdem wir in der ganzen Coronazeit alle Zuschüsse stabil gehalten haben. Aus Sicht der Betroffenen stellt sich das da und dort sicher anders dar.

Dazu haben wir bei einigen MIP-Pauschalen Kürzungen in einer Größenordnung von insgesamt 10 Mio. € vorgenommen und wir haben durch die Verschiebung von MIP-Maßnahmen eine temporäre Entlastung von 18,3 Mio. € erzielt.

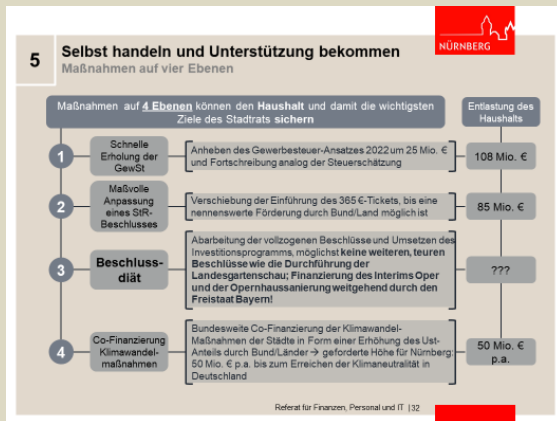
Aber das reicht wahrscheinlich noch nicht, auf jeden Fall nicht mittelfristig und deshalb wäre es wichtig, die nächsten Wochen bis zu den Haushaltsberatungen nicht nur darüber zu diskutieren, was noch nicht drin ist im Planentwurf und unbedingt noch rein muss, weil irgendwas unzumutbar ist oder auch nicht warten kann. Ich kann Ihnen sagen, das Kämmererpaket füllt sich sowieso schon wieder seit Anfang August als wir den Haushaltsplanentwurf zu gemacht haben. Vor allem stehen schon wieder weitere dringende Bauprojekte auf der Warteliste für den MIP. Es wäre wichtig, auch ein paar Zeichen des Handelns in Richtung Haushaltsstabilisierung zu setzen. Da will ich gerne meinen Beitrag leisten, aber ich brauche auch Ihre Mithilfe.



In der Zusammenfassung sehen Sie noch einmal die entscheidenden Zahlen für die nächsten 4 Jahre. Bei den Jahresergebnissen haben wir erst wieder 2025 ein positives Ergebnis, eine gute Wirtschaftsentwicklung vorausgesetzt.

Unser Saldo aus der Verwaltungstätigkeit bleibt über den gesamten Zeitraum deutlich unter 100 Mio. €, die Größenordnungen wie in den Jahren 2017-2019, die wir eigentlich bräuchten, erscheinen aktuell nicht erreichbar.

Und die Neuverschuldung von 730 Mio. € bis 2025 klettert in Höhen, die vor einigen Jahren noch unvorstellbar waren.



Folie 32 identifiziert vier Maßnahmen, die wir brauchen, wie immer eine Mischung aus Selbsthilfe und Unterstützung von außen. Maßnahme 1 bringe ich im Kämmereipaket ein. Aufgrund der unerwartet positiven Entwicklung der Gewerbesteuer in diesem Jahr, die, Stand heute mit 514 Mio. € deutlich über dem Planansatz von 448 Mio. € liegt, werde ich den Gewerbesteueransatz über den gesamten Finanzplanungszeitraum um mindestens 25 Mio. € pro Jahr anheben. Das reduziert unser Finanzierungsdefizit im Hinblick auf die Haushaltsgenehmigung um 100 Mio. € und damit die Hälfte, hat aber große Unsicherheiten, ob dieses Niveau so bleibt. Unser Austausch im Städtetag hat ergeben, dass das Phänomen bundesweit spürbar ist, dass die Städte hohe Nachzahlungen aus Steuerveranlagungen der Boomjahre 2017-2019 bekommen. Wenn das abreißt, weil die Krisenjahre ab 2020 zur Veranlagung anstehen, dann geht die Gewerbesteuer deutlich zurück. Aber dieses Risiko nehme ich auf meine Kappe, damit wir weiterplanen können.

Der nächste Punkt betrifft Sie alle: Ich denke, ich konnte Ihnen vermitteln, wie es um den Haushalt steht. Und wir haben nicht viele Stellschrauben, an denen wir drehen können. Eine wird für einen Teil des Stadtrats wie jedes Jahr die buchstäbliche Abschaffung des Frankenschnellwegs sein. Ich überlasse es der rationalen Meinungsbildung des Stadtrats, ob man daraus wirklich einen riesigen Swimmingpool machen kann. Bleibt es eine Straße, dann gibt es die Wahl, ob man im Bestand saniert oder diesen städtebaulichen Sündenfall mit einer Überdachung im Sinne der angrenzenden Stadtteile lebenswert macht. Beides kostet uns ungefähr dasselbe.

Eine der wenigen anderen Stellschrauben ist die Einführung des 365 €-Tickets. Wir können uns das nicht leisten, solange Bund und Land nicht mitfinanzieren. Das Defizit der VAG ist innerhalb von 3 Jahren von 70 auf 125 Mio. € gestiegen, die Gewinne der N-Er-

gie gehen parallel zurück. Wir haben über das gesamte letzte Jahrzehnt kaum Verlustausgleiche an die StWN zahlen müssen. Wenn das 365€-Ticket kommt, zahlen wir mit dem ganzen Paket aus VAG-Verlusten, Tarifstabilität, Sozialticket, 365-Ticket mindestens 100 Mio. € pro Jahr. Wo sollen wir diese Summen hernehmen? Deshalb meine Bitte an Sie: Verschiebung der Einführung des 365€-Tickets, bis Bund und Land nennenswert mitfinanzieren. Selbst die reiche Landeshauptstadt München hat die Einführung dieses Tickets verschoben, weil es aktuell unbezahlbar ist.

Der dritte Punkt betrifft die schon erwähnte Beschlussdiät. Dieser Punkt wird meinen Beliebtheitsgrad in diesem Saal nicht wirklich verbessern, aber Beliebtheit ist in der Jobbeschreibung für Kämmerer nicht zwingend enthalten. Kolleginnen und Kollegen, wir haben kaum mehr Spielraum für weitere teure Projekte. Sei es die Landesgartenschau, auch wenn sie in weiter Ferne stattfindet, sei es ein Neubau des Stadions in diesem Jahrzehnt, bei dem aus meiner Sicht private Dritte ranmüssen. Und jetzt ein Wort von meiner Seite zum Opern-Interim und zur Opernhaussanierung. Um es klar zu sagen, ich bin kein Gegner dieser Projekte. Als Bürger finde ich sowohl die Kongresshallenvariante als auch die Öffnung eines sanierten Opernhauses in die städtebauliche Umgebung wirklich spannend.

Aber ich denke es ist deutlich geworden, wir haben kein Geld für diese Projekte in den nächsten Jahren. Und das ist so, ob es 500 Mio. € kostet oder eine Milliarde. Es wird aktuell wieder mal so getan, als ob es schon geht, ist ja immer irgendwie gegangen. Aber ich sage Ihnen, dieses Vorhaben ist städtischerseits mit einem nennenswerten Anteil nicht finanzierbar. Wenn die Stadtgesellschaft und Sie als Stadträtinnen und Stadträte ein Opernhaus und ein Operninterim in dieser Ausstattung, wie es aktuell von den Verantwortlichen geplant wird, für so unverzichtbar halten, wie ich es immer lese, dann müssen sich die Verantwortlichen um eine Finanzierung kümmern, die nicht aus unserem Haushalt kommt. Meine Meinung: Wir haben den Konzertsaal gestrichen, der Freistaat Bayern plant weiter die Komplettfinanzierung eines 700 Mio. €-Hauses in München, dann ist es nicht mehr als recht und billig, auch in Nürnberg einen Ort der Hochkultur in dieser Größenordnung zu 100 % zu finanzieren. Das ist keine unmoralische Forderung und ich würde mir wünschen, dass der Nürnberger Stadtrat diese übernimmt.

Und damit bin ich beim letzten Punkt. Ich bin der Auffassung, dass Bund und Land uns Kommunen nicht

allein lassen können bei diesem gigantischen Stad-
tumbau, den wir schultern müssen im Sinne des Kli-
maschutzes. Und deswegen habe ich in einer Son-
dersitzung des Finanzausschusses des Deutschen
Städtetages die Forderung eingebracht, dass wir bis
zum Erreichen der Klimaneutralität unserer Städte
eine Anhebung unseres Anteils an der Umsatzsteuer
brauchen und zwar pauschal, um diese schultern zu
können. Für Nürnberg müsste dies mindestens eine
Größenordnung von 50 Mio. € pro Jahr haben, damit
es uns hilft. Was wir nicht wollen, sind komplizierte,
bürokratische Förderprogramme, sondern direkte Fi-
nanzhilfen, die wir dort einsetzen können, wo wir es
brauchen. Diese Forderung soll von Städtetagsseite
in die kommenden Koalitionsverhandlungen einge-
bracht werden. Und ich fordere Sie alle auf, in Ihren
Parteien, auf Ihren Ebenen in Berlin und München
dafür zu kämpfen. Das kommt nicht von selbst und
wir brauchen es mehr als andere, die reicher sind o-
der wieder andere, die weder einen Flughafen noch
eine Messe noch ein Opernhaus noch ein Stadion
haben.

5 FAZIT


1 Unsere finanzielle Leistungsfähigkeit und unsere
Genehmigungsfähigkeit stehen dauerhaft auf dem Spiel!

2 Die Ursachen dafür sind ein Rekord-Investitionsprogramm,
kontinuierlich zusätzliche Beschlüsse und Aufgaben sowie
Einnahmen, die nicht in erforderlichem Maß mitwachsen!

3 Es drohen eine explodierende Verschuldung und der Verlust
unserer Handlungsfähigkeit. Die finanzielle Nachhaltigkeit ist
nicht mehr gegeben.

Der Nürnberger Stadtrat muss die Frage der finanziellen Belastbarkeit
und Nachhaltigkeit wieder stärker in seinen Entscheidungen berücksichtigen,
am besten schon in den kommenden Haushaltsberatungen.

Referat für Finanzen, Personal und IT | 33

Und damit komme ich zum Ende und will nochmal
zusammenfassen:

Unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit und damit die
Genehmigungsfähigkeit unseres Haushalts stehen
ernsthaft auf dem Spiel! Die Ursachen sind vielfältig
und kommen sowohl von der Einnahmen-, aber auch
von der von uns beschlossenen Ausgabenseite. Es
droht eine explodierende Verschuldung und der Ver-
lust unserer Handlungsfähigkeit. Wir laufen Gefahr,
die finanzielle Nachhaltigkeit zu verlieren.

Ich habe Ihnen heute kein hartes Sparprogramm ser-
viert, aber ich weise deutlich darauf hin, dass wir uns
ohne Hilfe von außen viel mehr nicht leisten können.
Wir haben schon zu viel reingepackt, der Krug geht
zum Brunnen bis er bricht. Das aber gilt es zu ver-
meiden.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Referat für Finanzen,
Personal und IT

 Theresienstr. 7
90403 Nürnberg

Harald Riedel

 +49 (0)9 11 / 2 31-23 20
ref-fi@stadt.nuernberg.de
<http://www.stadtfinanzen-verwaltung.nuernberg.de>

Danke an den Oberbürgermeister, die Bürgermeiste-
rin, den Bürgermeister, die Kolleginnen und Kollegen
aus dem Referentenkreis und an die ganze Verwal-
tung für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung
des Haushaltsplanentwurfs und Ihnen für Ihre Auf-
merksamkeit in der letzten Stunde.

Nürnberg, 29. September 2021



Harald Riedel, Stadtkämmerer der Stadt Nürnberg

Die Herausforderung des Nürnberger Stadthaushalts 2022:

Nachhaltige Stadtpolitik und nachhaltige Finanzen
wieder in Einklang bringen!

29.09.2021



Agenda

1

Unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit steht auf dem Spiel

2

Die Gründe

3

Die Konsequenzen und das Paradoxon

4

Die Eckdaten

5

Selbst handeln und Unterstützung bekommen

1

Unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit steht auf dem Spiel

Die zwei wesentlichen Kriterien

Der Gesetzgeber bindet die Beurteilung und die Genehmigung des Haushalts sowie der Kredtermächtigung vor allem an zwei Aspekte

1

Haushaltsausgleich gem. § 24 KommHV-Doppik

§ 24 Abs. 1 und 3 KommHV-Doppik

1a

„Der Ergebnishaushalt soll in jedem Jahr ausgeglichen sein. [...] Ein Jahresfehlbetrag soll durch Verrechnung mit der Ergebnismrücklage unverzüglich ausgeglichen werden.“

§ 24 Abs. 6 KommHV-Doppik

1b

„Beim Finanzhaushalt ist zu gewährleisten, dass die dauerhafte Zahlungsfähigkeit einschließlich der Liquidität zur Finanzierung künftiger Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sichergestellt ist.“

2

Dauerhafte Leistungsfähigkeit gem. Art. 71 GO

Art. 71 Abs. 2 Satz 3 GO

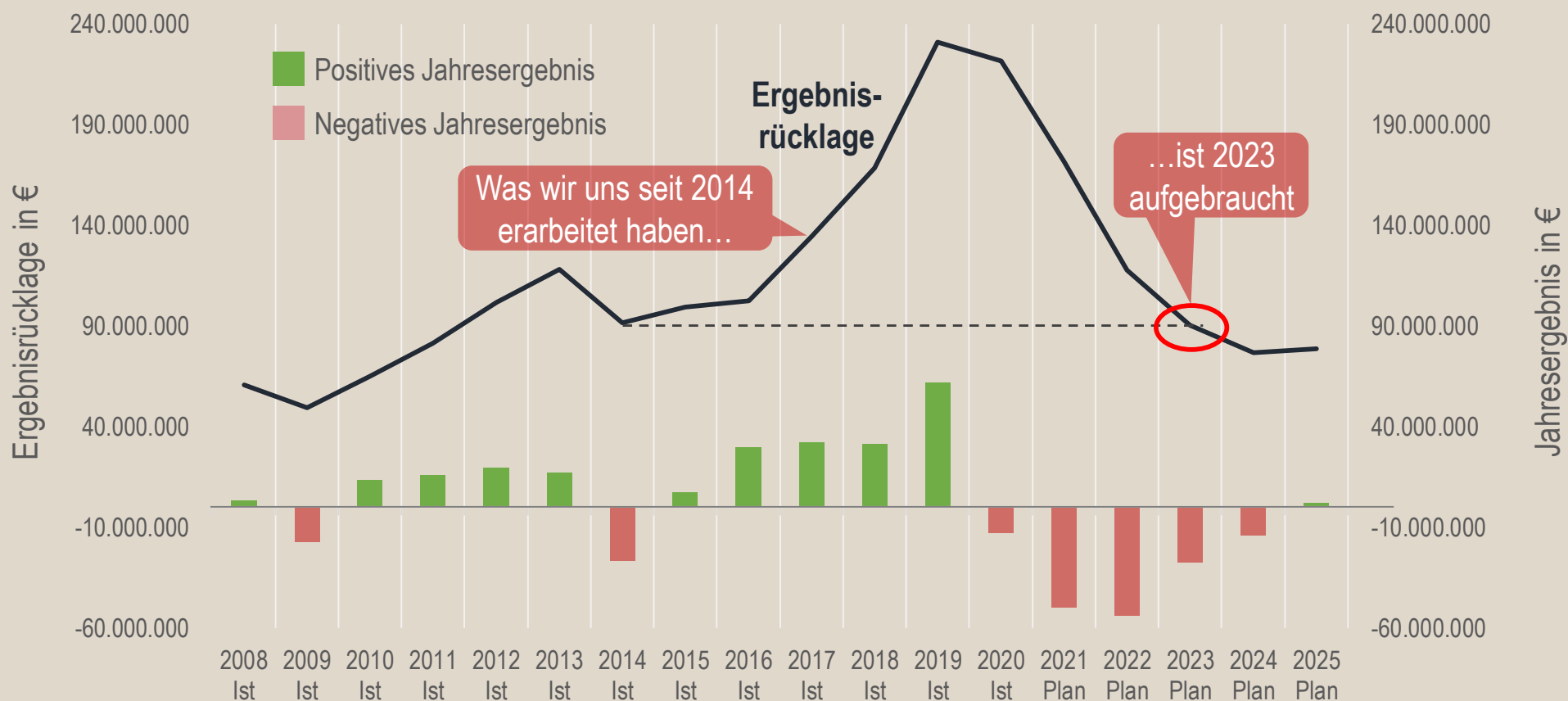
„[Die Kredtermächtigung] ist in der Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht im Einklang stehen.“

Unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit steht auf dem Spiel

Das Polster ist aufgebraucht

1a

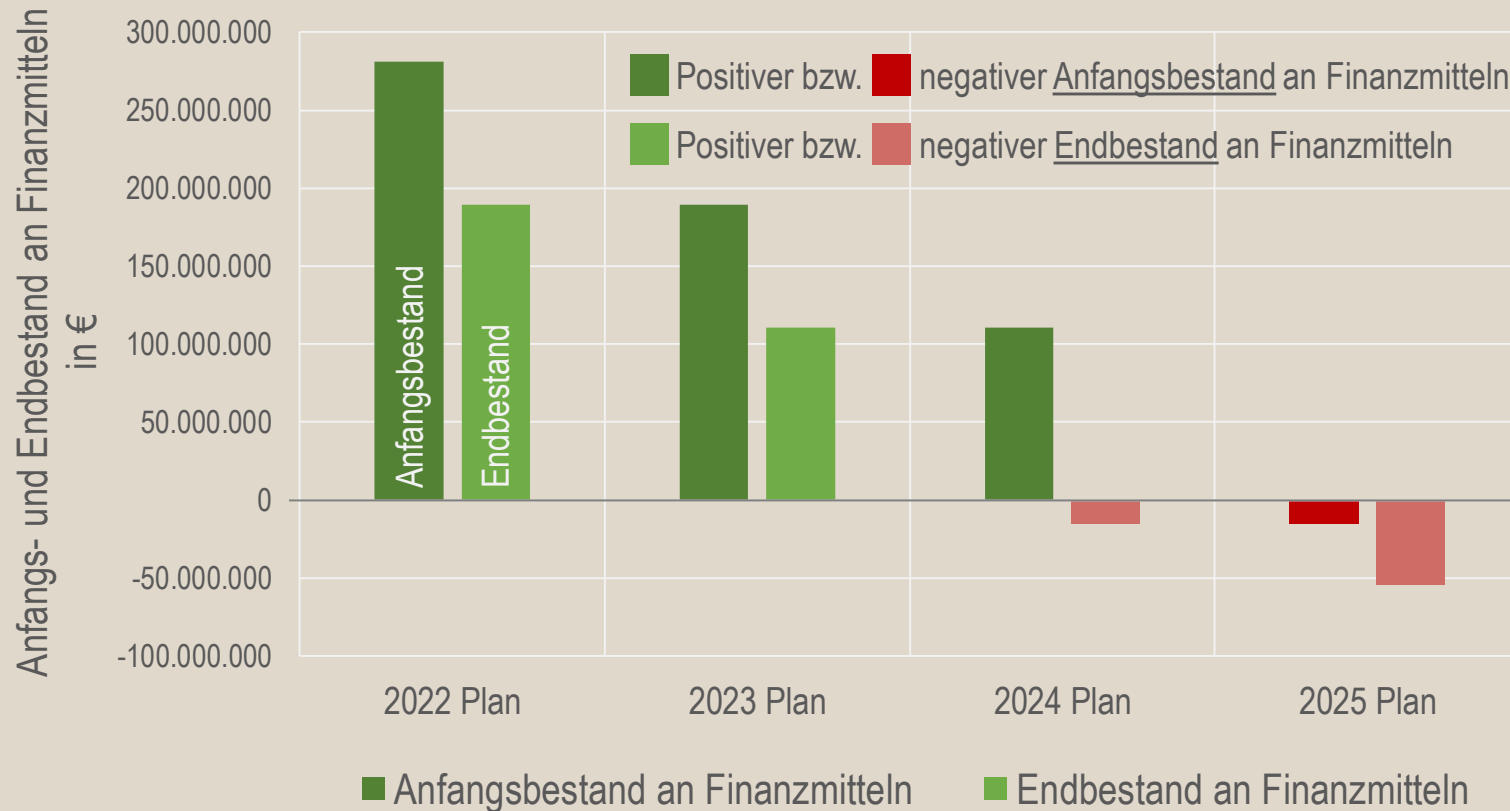
Haushaltsausgleich bei Jahresfehlbeträgen durch die Ergebnisrücklage



Unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit steht auf dem Spiel

Unsere dauerhafte Zahlungsfähigkeit ist in Gefahr

1b) Sicherstellung der dauerhaften Zahlungsfähigkeit

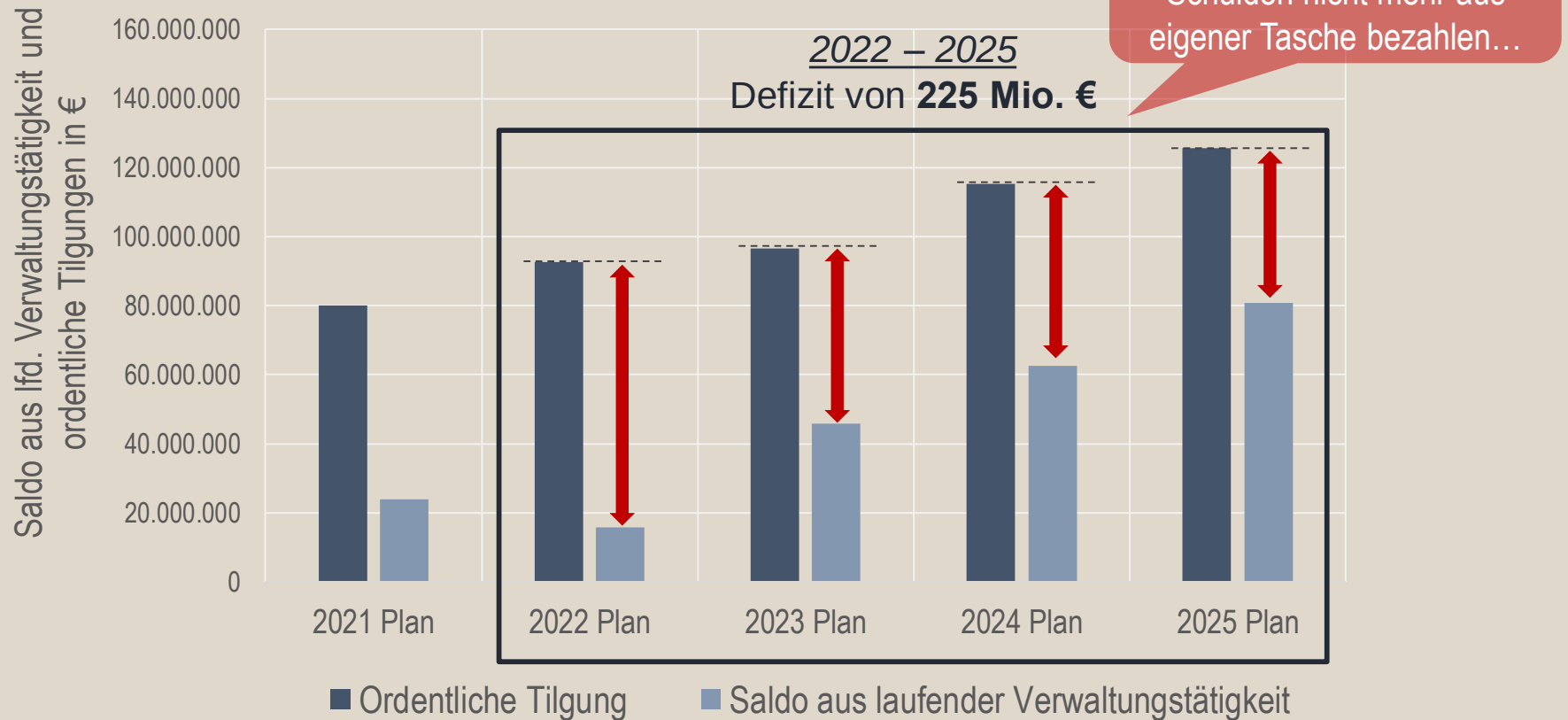


1

Unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit steht auf dem Spiel

Die Eigenfinanzierungskraft schwindet

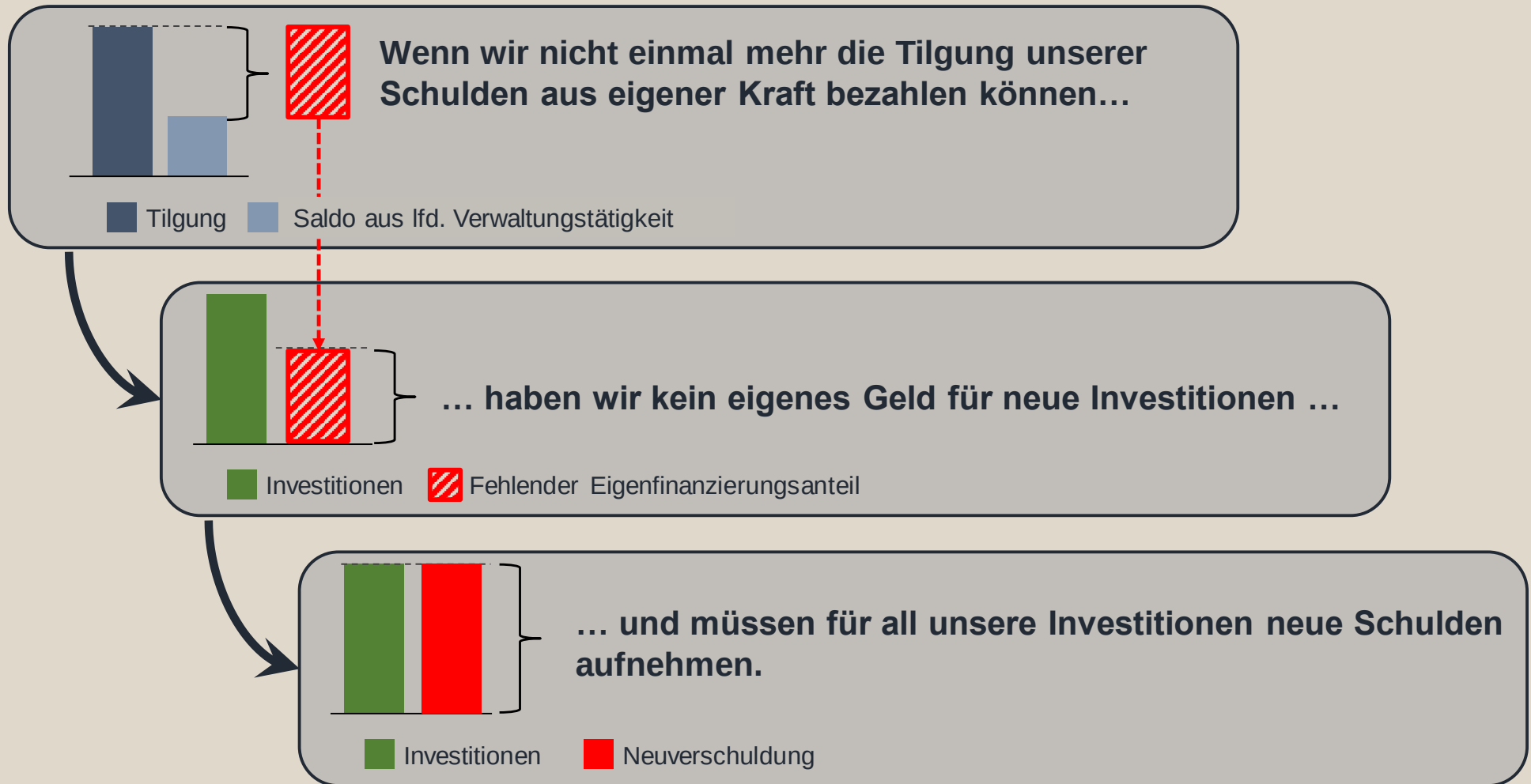
2 Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit



1

Unsere dauerhafte Leistungsfähigkeit steht auf dem Spiel

Was heißt das konkret?



2

Die Gründe

Wie ist das zu erklären?

Die Gründe



Stark abnehmende Eigenfinanzierungskraft (Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit), insbesondere durch

- Niedrigere Steuereinnahmen und zusätzliche Kosten aufgrund der Corona-Pandemie
- Kostenbelastung durch notwendigen Personalaufbau



Rasant wachsendes Investitionsvolumen → Vervierfachung seit 2008, noch verstärkt durch zusätzliche Kosten für

- Klimaschutz
- Verkehrswende
- Digitalisierung

Die Konsequenz



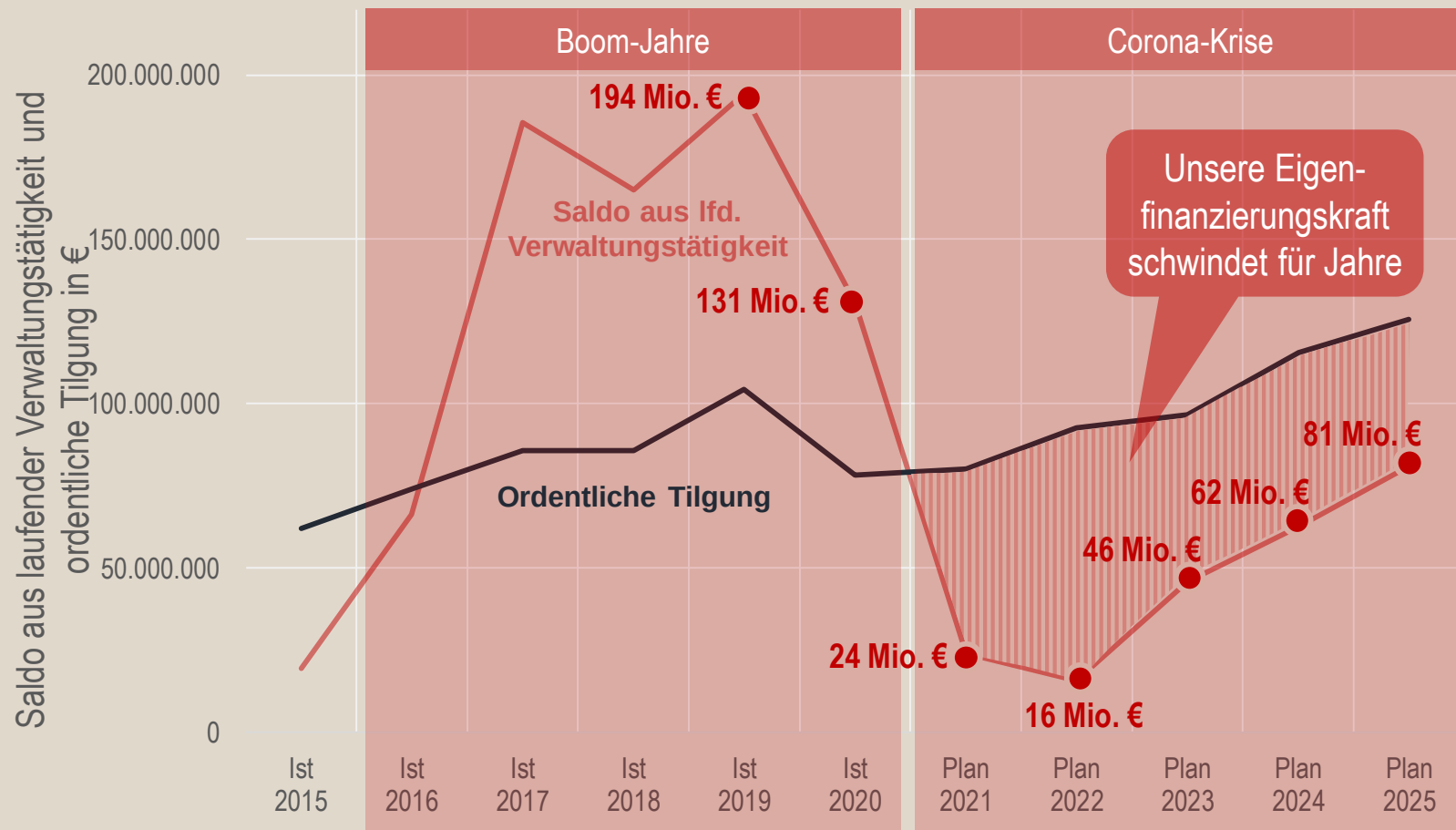
Stark ansteigende Neu- und Gesamtverschuldung

Die Gründe

Unsere Eigenfinanzierungskraft schwindet



Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit und ordentliche Tilgungen 2015-2025



Die Gründe

Corona schwächt uns seit 2020

Corona-Kosten 2020

92,5 Mio. €

65,0 Mio. €

Corona-
Erstattungen 2020

Beispiele

mit Erstattung

Testzentrum

9,0
Mio. €

Pandemieschutzartikel

7,0
Mio. €

Luftreiniger & CO2-Ampeln
an Schulen

1,3
Mio. €

ohne Erstattung

Kontaktmanagement und
Verwaltung Gesundheitsamt

2,0
Mio. €

Reinigung (*insbes. Schulen*)

1,8
Mio. €

Besucherrückgang Tiergarten

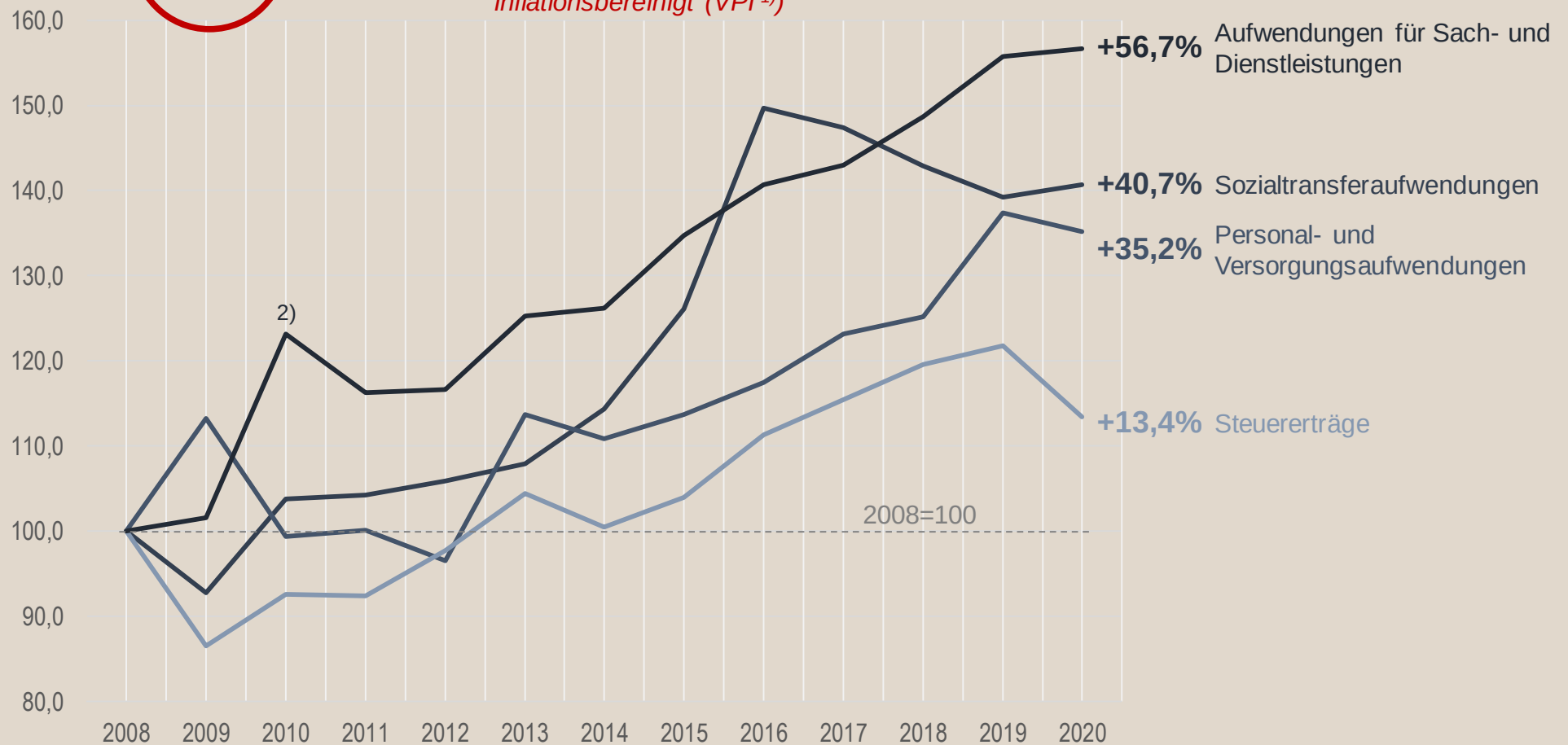
1,8
Mio. €

Die Gründe

Die Ausgaben steigen überproportional



Indexwerte ausgewählter Aufwands- und Ertragspositionen (2008=100)
Inflationsbereinigt (VPI ¹⁾)



1) VPI: Verbraucherpreisindex

2) Die Ausgliederung von SÖR führte in 2010 zu einer Verschiebung der Aufwandspositionen

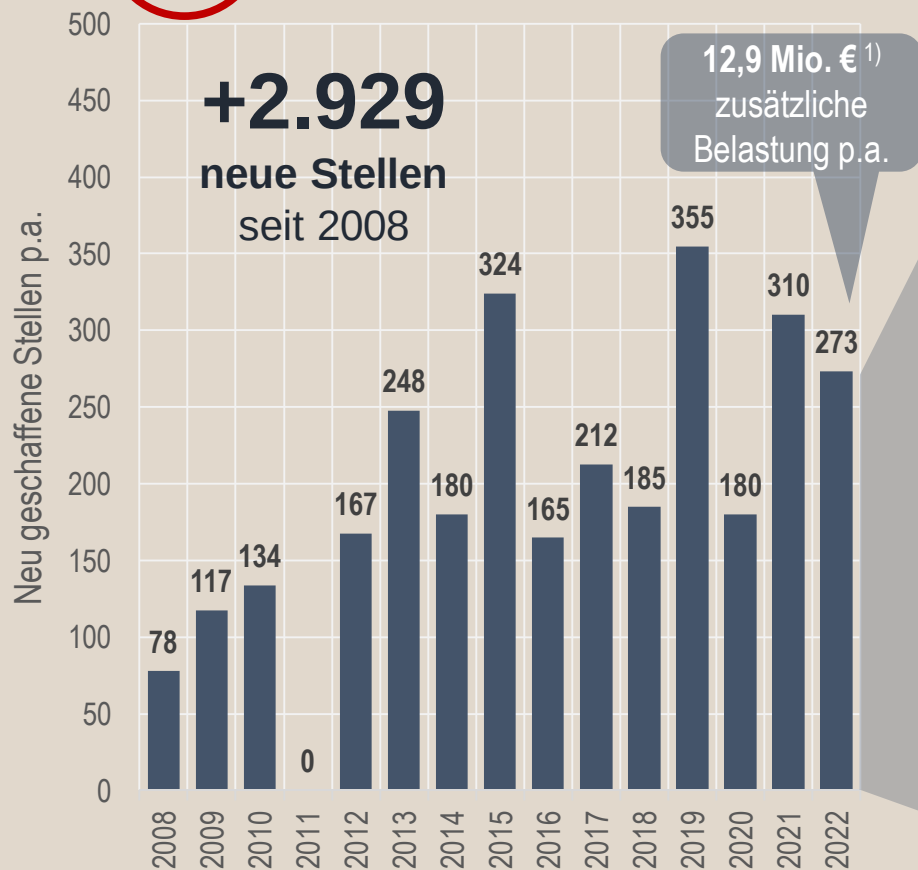
2

Die Gründe

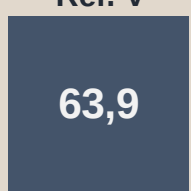
Mehr Aufgaben/ Beschlüsse heißen mehr Stellen und dauerhaft höhere Kosten pro Jahr



Stellenschaffungen in VK
seit 2008 (inkl. Eigenbetriebe)



Verteilung der Stellenschaffungen
2022 und im Durchschnitt p.a. (inkl. Eigenbetriebe)

OBM	2.BM	3.BM
 33,7 Ø 2008-2022: 12,4	 11,2 Ø 2008-2022: 11,0	 20,3 Ø 2008-2022: 18,2
Ref. I/II	Ref. III	Ref. IV
 30,3 Ø 2008-2022: 11,9	 33,3 Ø 2008-2022: 13,5	 30,4 Ø 2008-2022: 18,4
Ref. V	Ref. VI	Ref. VII
 63,9 Ø 2008-2022: 79,8	 30,3 Ø 2008-2022: 16,8	 4,0 Ø 2008-2022: 1,6

Gesamtstadt: **16,0** (Ø 2008-2022: 11,7)

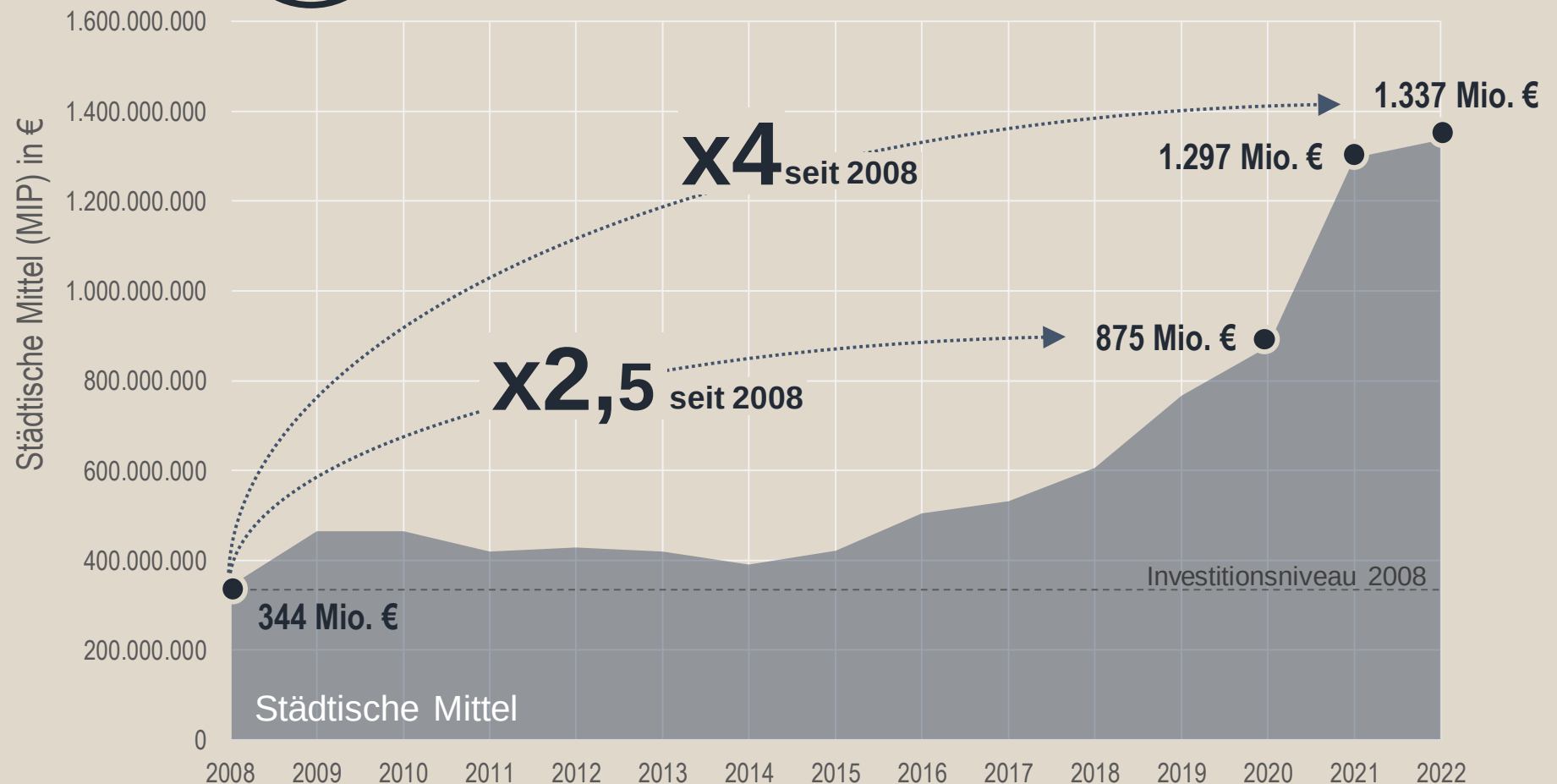
1) Von den 273 zusätzlichen Stellen sind 179 ungedeckt, die entsprechend zu einer jährlichen Haushaltsbelastung führen.

Die Gründe

Eine Vervierfachung unseres Investitionsvolumens
seit 2008



Städtische Mittel - Planwerte des 4-Jahres-MIP
2008 bis 2022



Die Gründe

Dies waren unsere Entscheidungen seit dem 1.Mai 2020 !

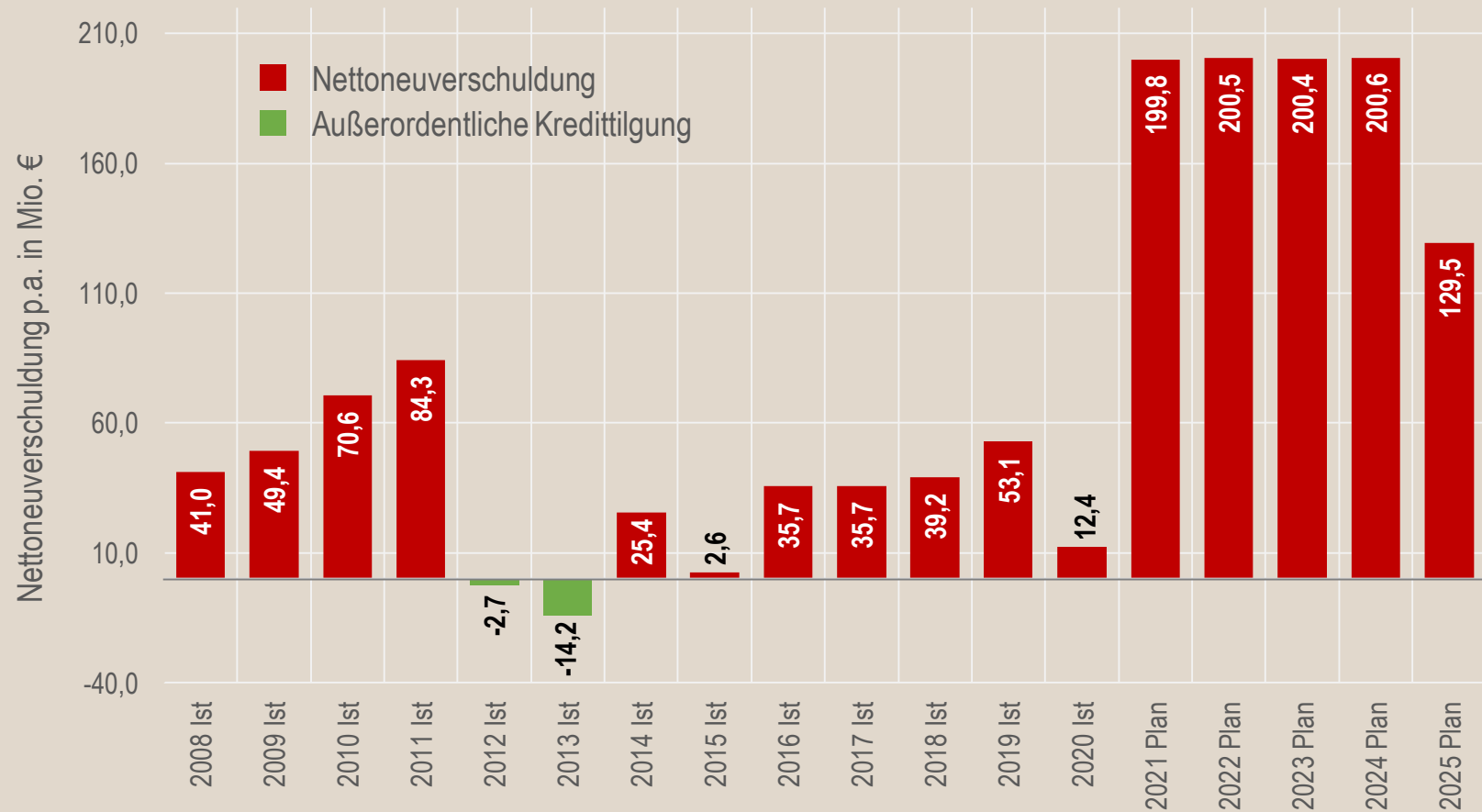
	Gesamtkosten	Städtische Mittel	
		<i>einmalig</i>	<i>jährlich</i>
Masterplan nachhaltige Mobilität	400 Mio. € <i>inkl. Personalkosten</i>	100 Mio. €	6 Mio. € <i>jährliche Personalkosten</i>
Generalsanierung Volksbad	55,7 Mio. €	30,7 Mio. €	
Masterplan Freiraum	39,5 Mio. €	39,5 Mio. €	
365 €-Ticket			28 Mio. € <i>pro Jahr ab 2023¹⁾</i>
Sozialticket			20 Mio. € <i>jährlicher Zuschussbedarf</i>
Klinikum – Rückkehr TVÖD			7 Mio. € <i>ab 2024</i>

1) Laut aktuellen Berechnungen für die „Nürnberger Lösung“

Die Konsequenzen

Wachsende Schulden ...

Ist- und Planwerte
Nettoneuverschuldung p.a. 2008 bis 2025



Die Konsequenzen ... in Rekordzeit



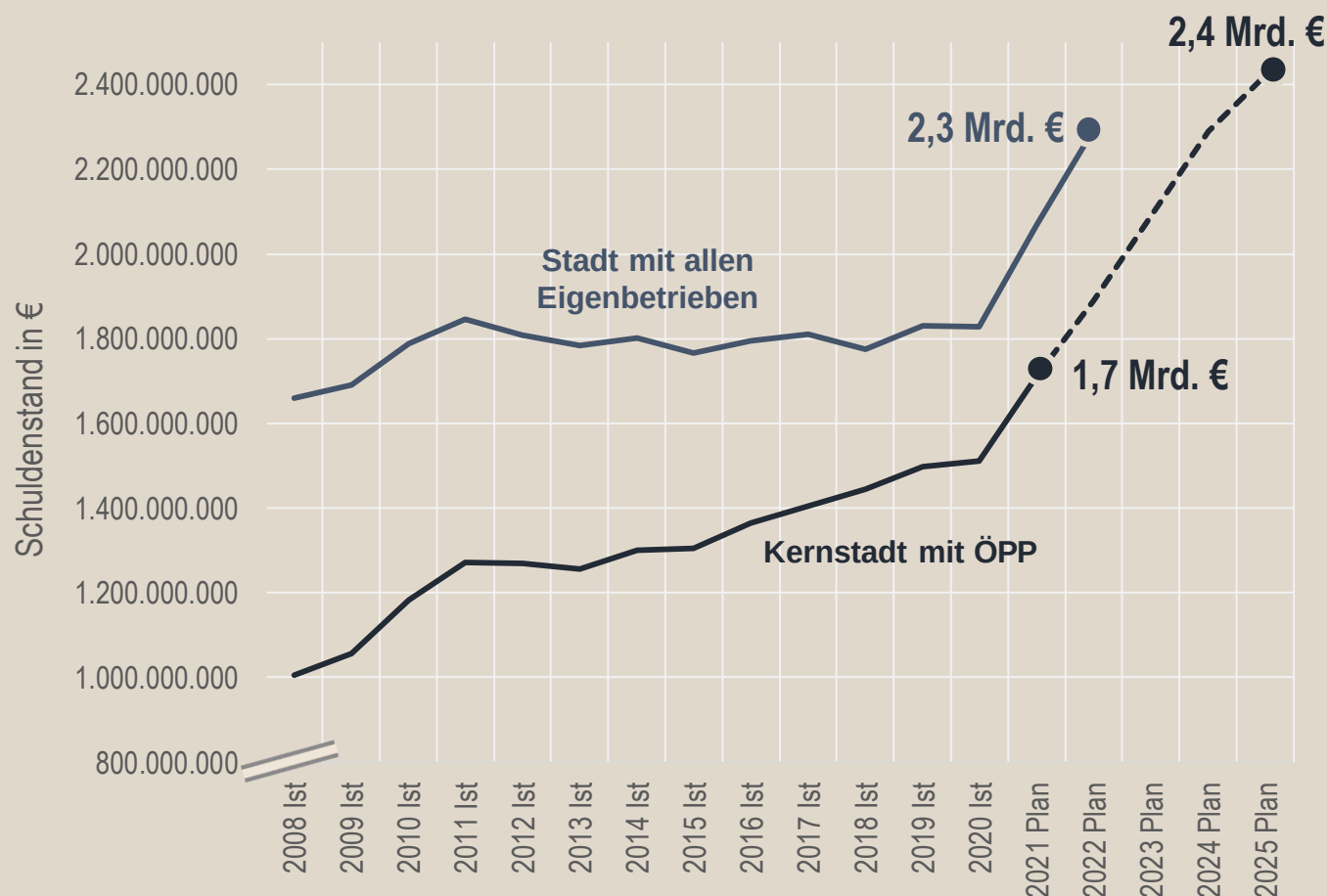
Pro-Kopf-Verschuldung ¹⁾

Kreisfreie Städte in Bayern
Inkl. Eigenbetriebe und ÖPP
(Stand 31.12.2019)

Rang	Stadt	Pro-Kopf-Verschuldung in €
01.	Nürnberg	3.404 €
02.	Landshut	3.399 €
03.	Straubing	3.070 €
04.	Würzburg	2.802 €
05.	Passau	2.662 €
-	Mittelwert	1.600 €
23.	Coburg	347 €

Verlauf der Gesamtverschuldung

Kernstadt (inkl. ÖPP) und Stadt mit allen Eigenbetrieben
2008 - 2025

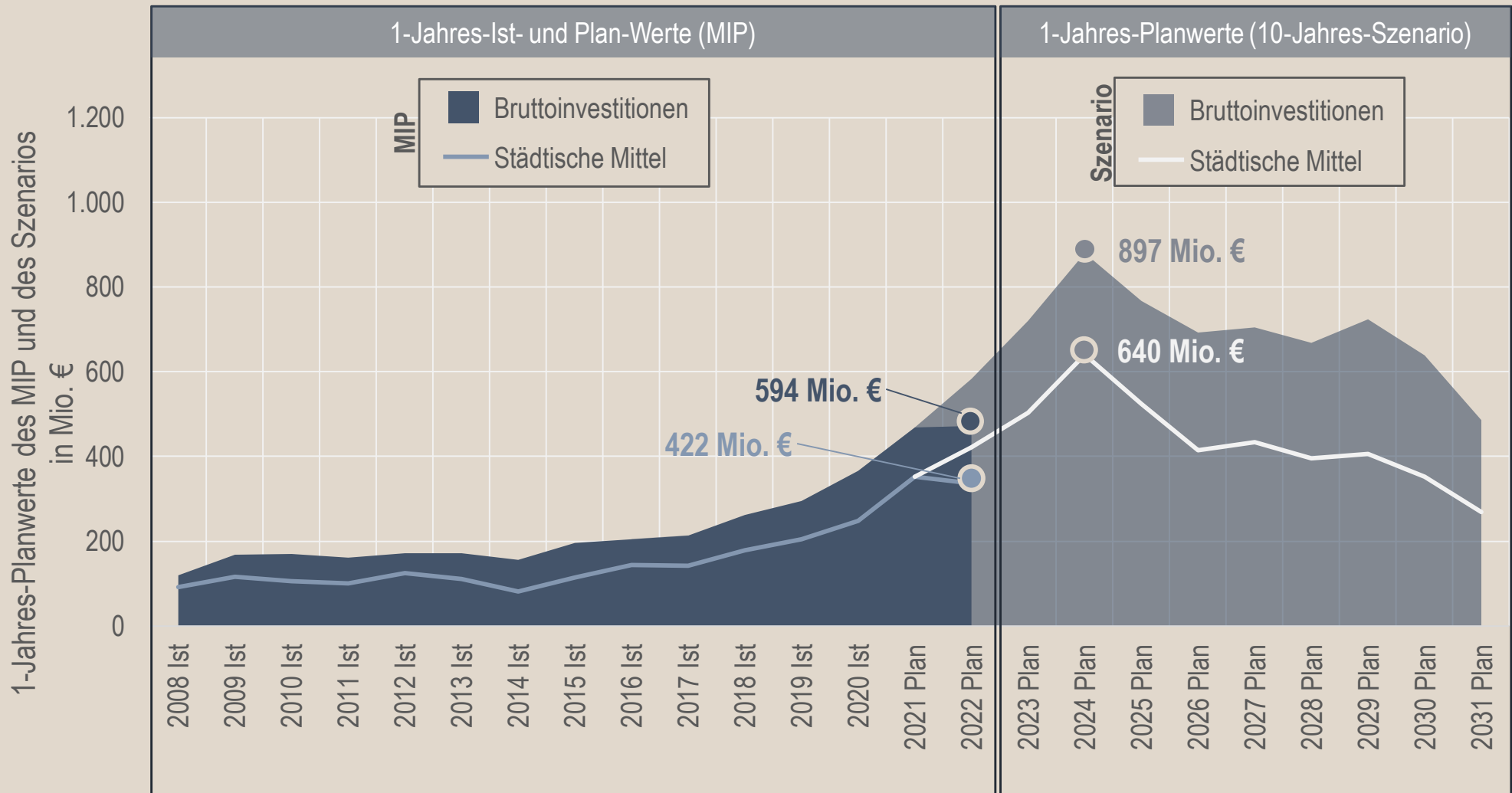


1) Kempten (Allgäu) und Ingolstadt mangels Daten nicht enthalten.

Die Konsequenzen

Auf 10 Jahre gesehen wird es noch dramatischer

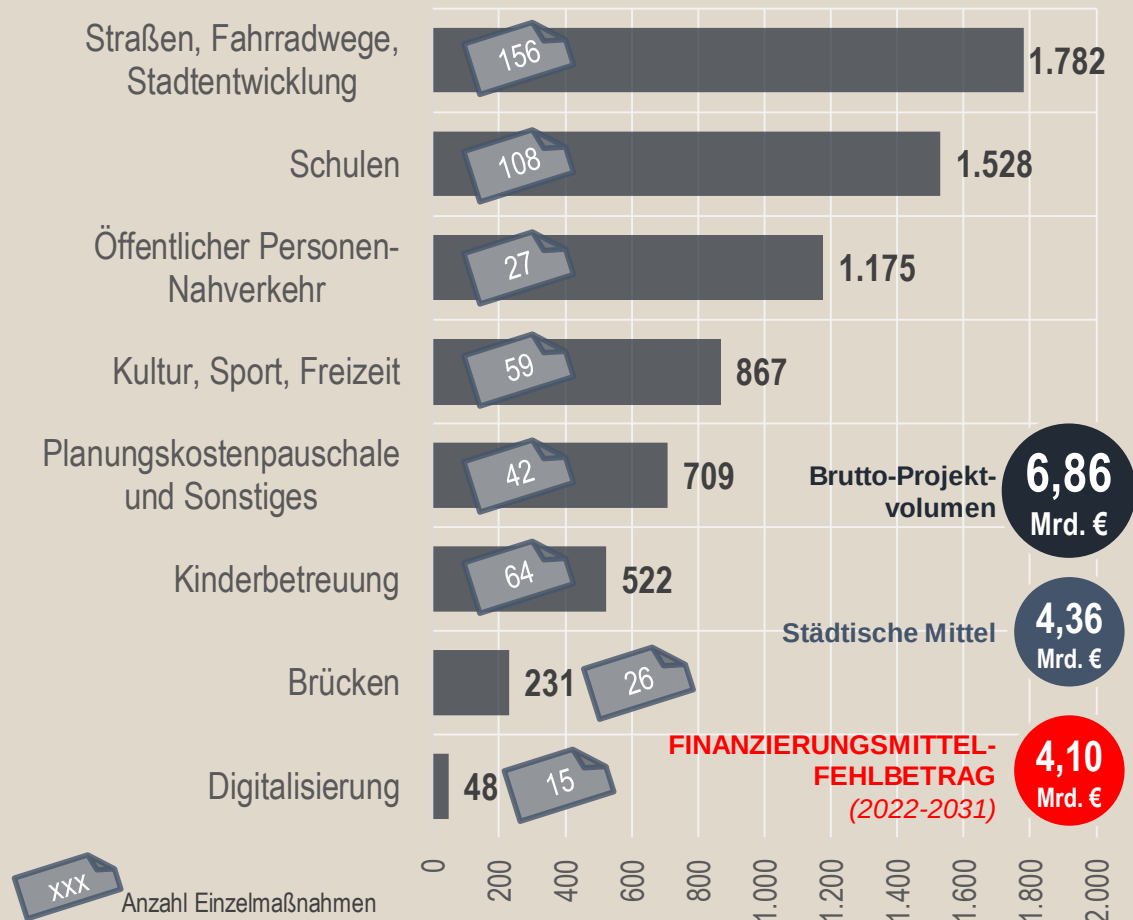
1-Jahres-Planwerte MIP und Szenario



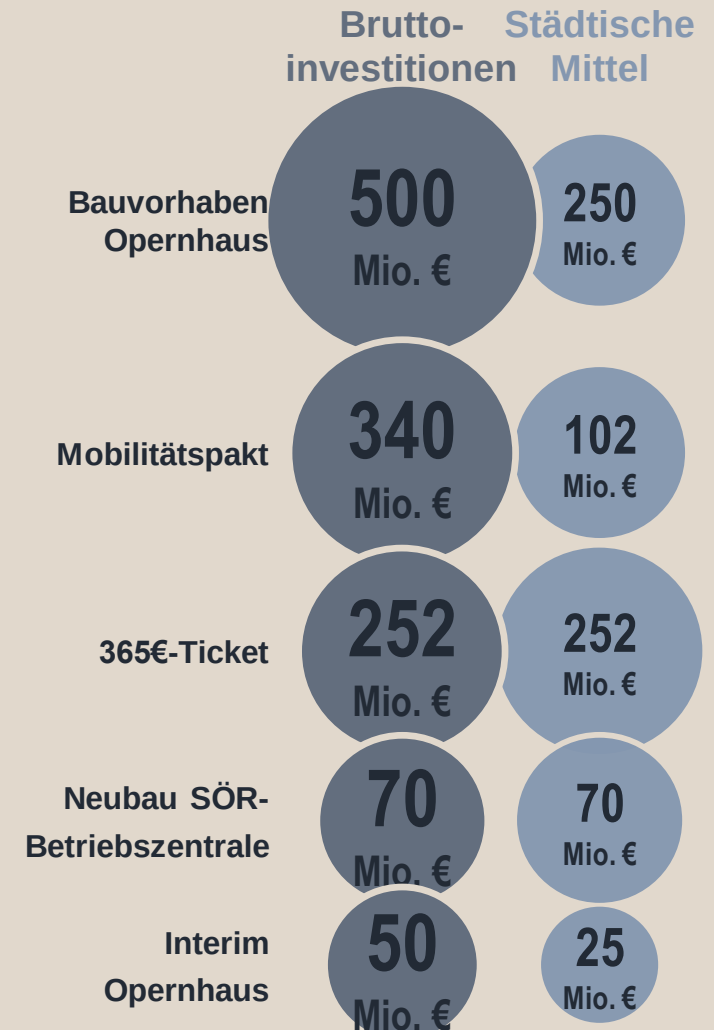
Die Konsequenzen

Auf 10 Jahre gesehen wird es noch dramatischer

Brutto-Projektvolumen nach Projektbereichen
10-Jahres-Szenario (2022-2031) in Mio. €



Beispielhafte Projekte



Das Paradoxon

Auf der einen Seite tun wir Vieles, um nachhaltig zu handeln...

Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG)



Wir stellen uns den Herausforderungen der Nachhaltigkeit seit langem

- Nachhaltige Wirtschaftsstruktur und sichere Arbeitsplätze
- Nachhaltige Bildung und Kinderbetreuung
- Nachhaltige Stadtentwicklung und Lebensqualität in den Stadtteilen
- Nachhaltiger Verkehr und Mobilitätswende
- Klimaschutz und Energiewende
- Und vieles mehr...

Das Paradoxon

... auf der anderen Seite haben wir zeitweilig die Nachhaltigkeit bei den Finanzen aus dem Blick verloren

BMF-Ressortbericht Nachhaltigkeit



*„Solide öffentliche Finanzen sind das Ergebnis einer **nachhaltigen** und weitsichtigen **Finanzpolitik und Haushaltsführung**. Sie sind auch ein wichtiger Aspekt für die nachhaltige Entwicklung Deutschlands.“ ¹⁾*

Enkelgerechtigkeit

Auflösen des
Investitions-
staus

Wir versuchen mit unserem Kurs seit 2008 die nächste Generation vor **Infrastruktur-schulden** zu bewahren ...

Nachhaltig-
keitsziele
erreichen

... und unsere **Nachhaltigkeits-
ziele** zu **erreichen**.

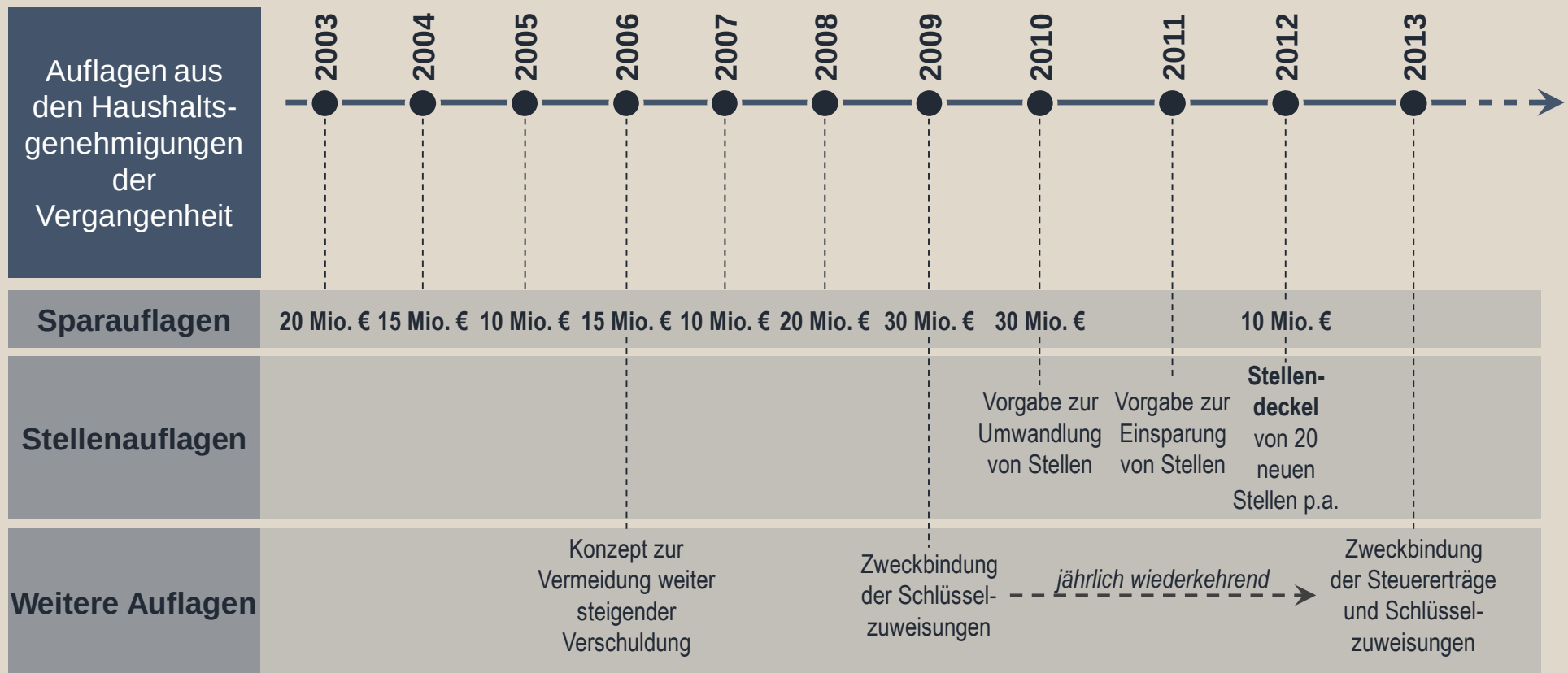
Finanzielle
Grundlage
sichern

Dabei dürfen wir die **nächste Generation** aber nicht ihrer **finanziellen Grundlage** berauben!

3

Die Konsequenzen

Ziel muss es sein, selbst handlungsfähig zu bleiben



Unser gemeinsames Ziel muss sein:

Auflagen vermeiden und selbst handlungsfähig bleiben

Die Konsequenzen

Viel mehr geht nicht mehr

Negatives
Jahresergebnis
in 2022

53,9
Mio. €

Jährliche Netto-
neuverschuldung
in den nächsten
3 Jahren

200
Mio. €

Gesamtschulden¹⁾
ab 2022

2,3
Mrd. €

Eigenfinanzierungs-
defizit²⁾ in den
nächsten 4 Jahren

225
Mio. €

Die Stadtfinanzen sind
angespannt wie nie,
wir haben **keinen**
Spielraum mehr.

Priorität haben:

Die Abarbeitung der
bereits vollzogenen
Beschlüsse



Die Umsetzung des
gigantischen
Investitionsprogramms

ABER

Wir verkraften nicht mehr
viele teure Beschlüsse !
Wir brauchen eine

Beschluss- diät

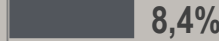
für eine gewisse Zeit !

1) Inkl. aller Eigenbetriebe

2) Entspricht der Differenz aus dem Saldo aus laufender
Verwaltungstätigkeit und den planmäßigen Tilgungsleistungen

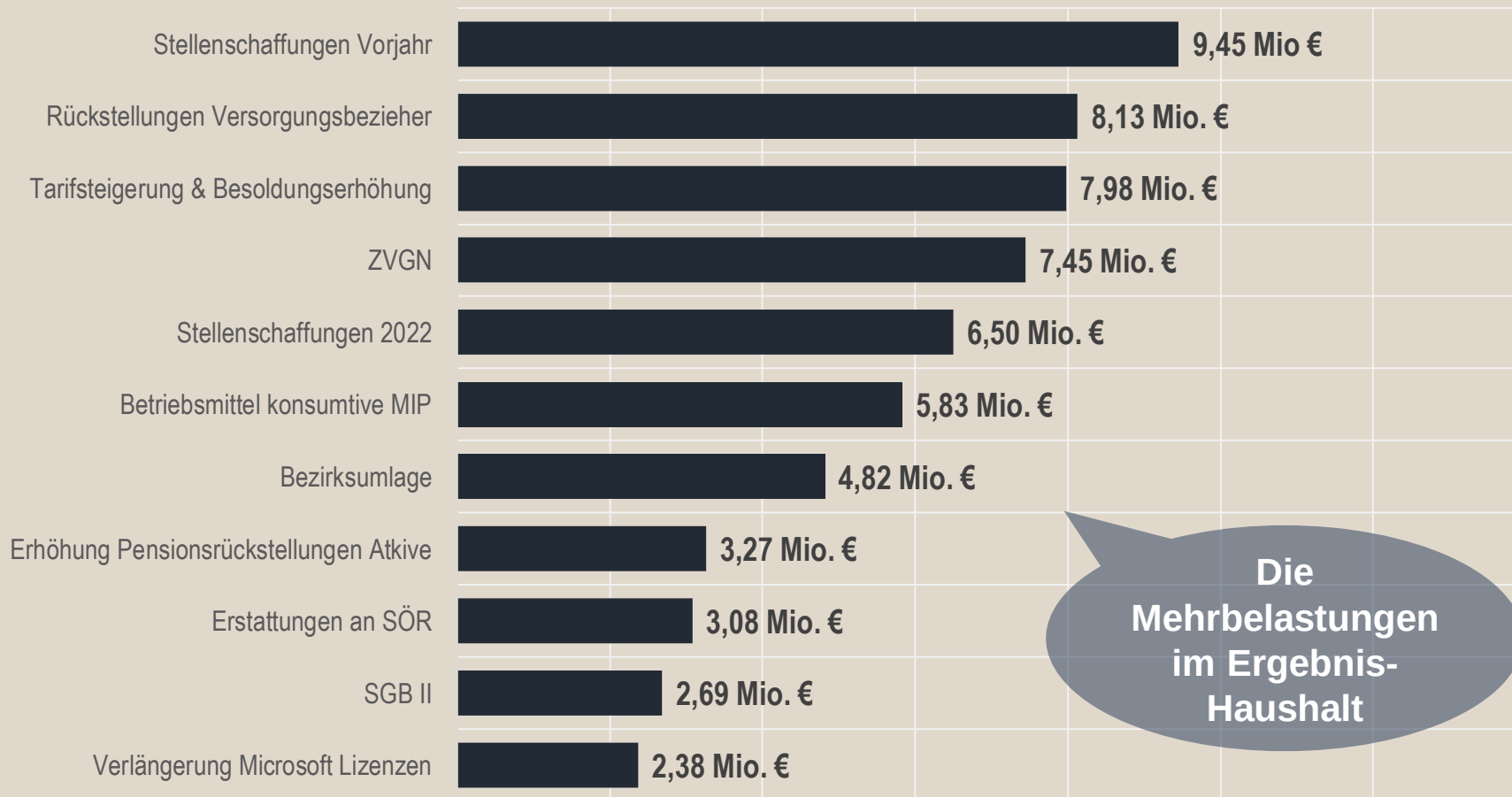
Die Eckdaten

Der Haushalt in Zahlen

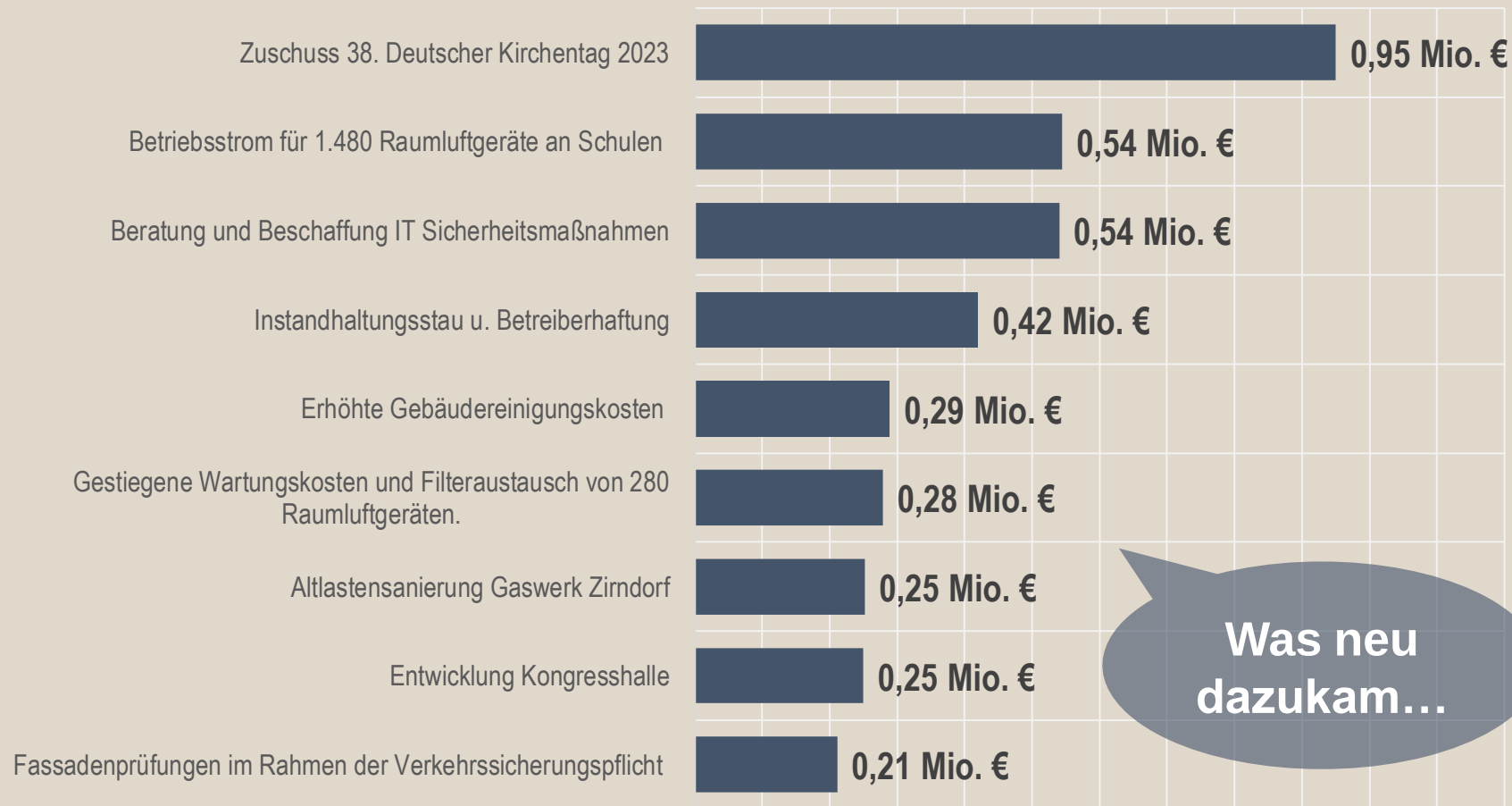
Haushaltszahlen	Plan 2022	Plan 2021 ¹⁾	Veränderung zum Vorjahr
Ordentliche Erträge	2.094,0 Mio. €	2.028,3 Mio. €	 3,2%
Ordentliche Aufwendungen	2.134,0 Mio. €	2.063,5 Mio. €	 3,4%
Jahresfehlbetrag	-53,9 Mio. €	-49,9 Mio. €	 8,0%
Steuererträge	1.009,5 Mio. €	984,0 Mio. €	 2,6%
Nettoneuverschuldung	200,5 Mio. €	199,8 Mio. €	 0,3%
Brutto-Investitionen <i>(MIP – investive Mittel)</i>	471,2 Mio. €	468,4 Mio. €	 0,6%
Brutto-Investitionen der nächsten vier Jahre <i>(MIP – investive Mittel)</i>	1.963,1 Mio. €	1.811,7 Mio. €	 8,4%
Cashflow aus lfd. Verwaltungstätigkeit	15,7 Mio. €	24,0 Mio. €	 -34,6%

1) Inkl. Nachtragshaushalte

Mehrbelastungen des Ergebnishaushalts in 2022

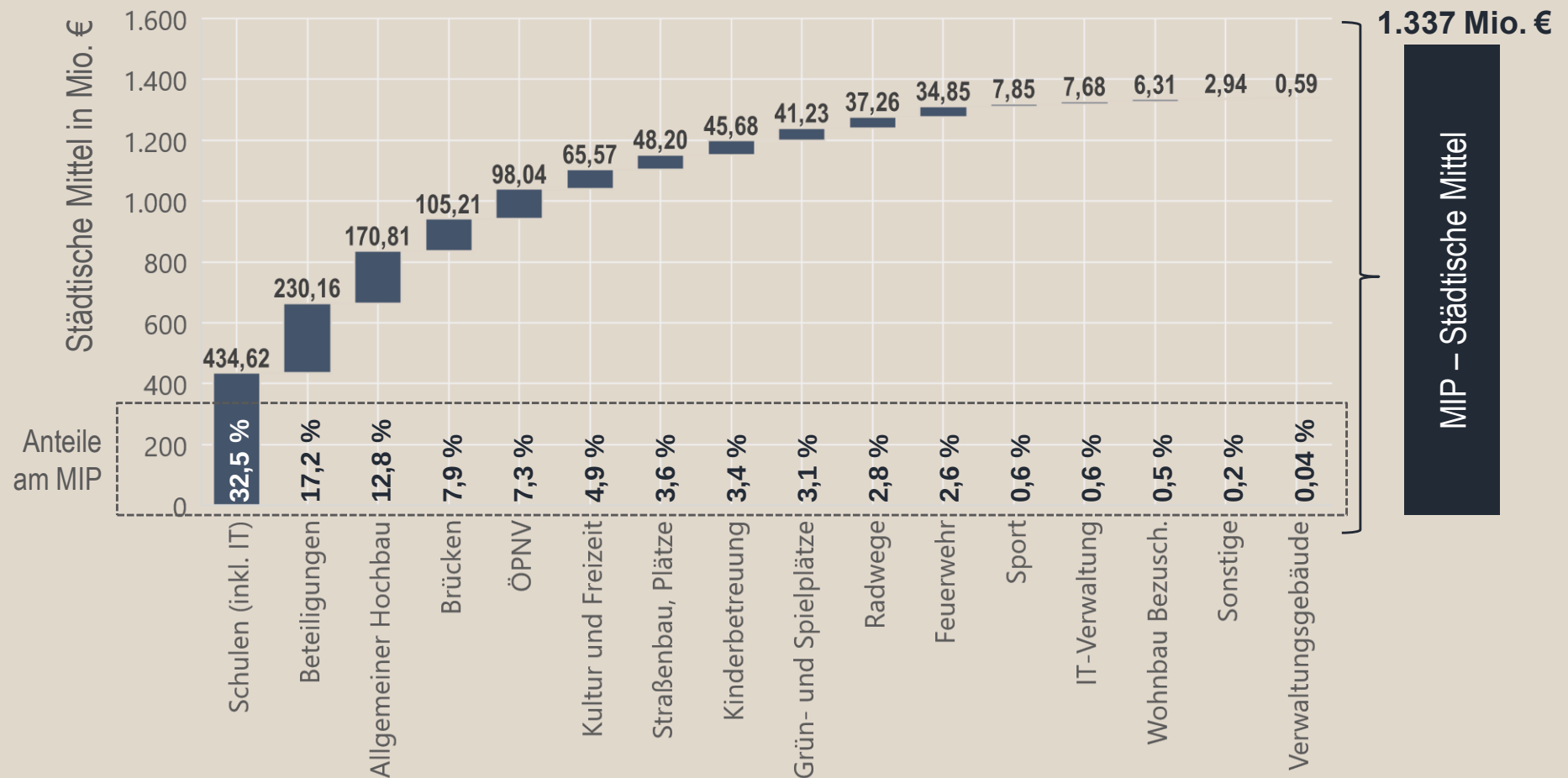


Neu dazugekommene Mehrbelastungen des Ergebnishaushalts in 2022



Der Mittelfristige Investitionsplan 2022-2025 im Detail

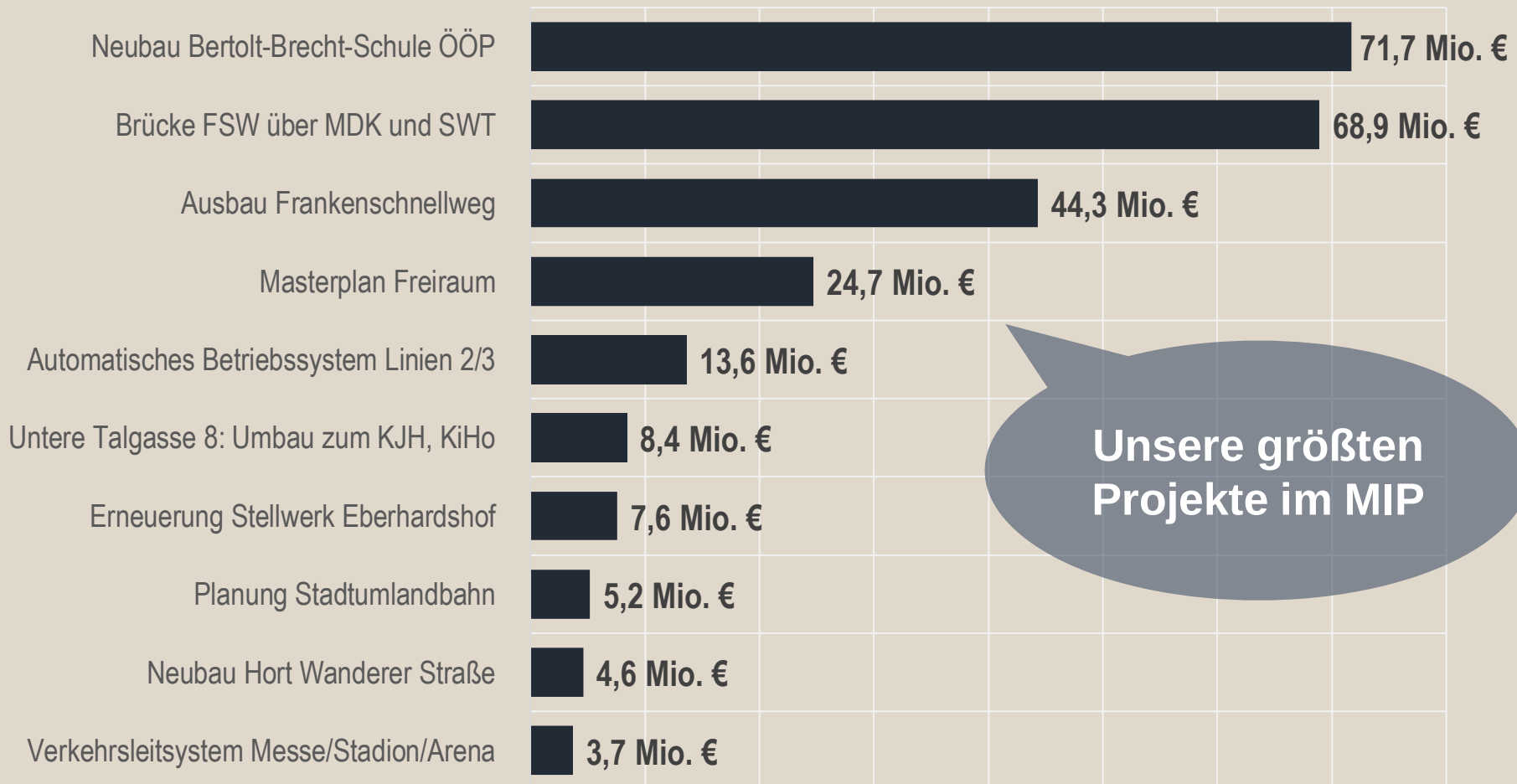
Planwerte des 4-Jahres-MIP



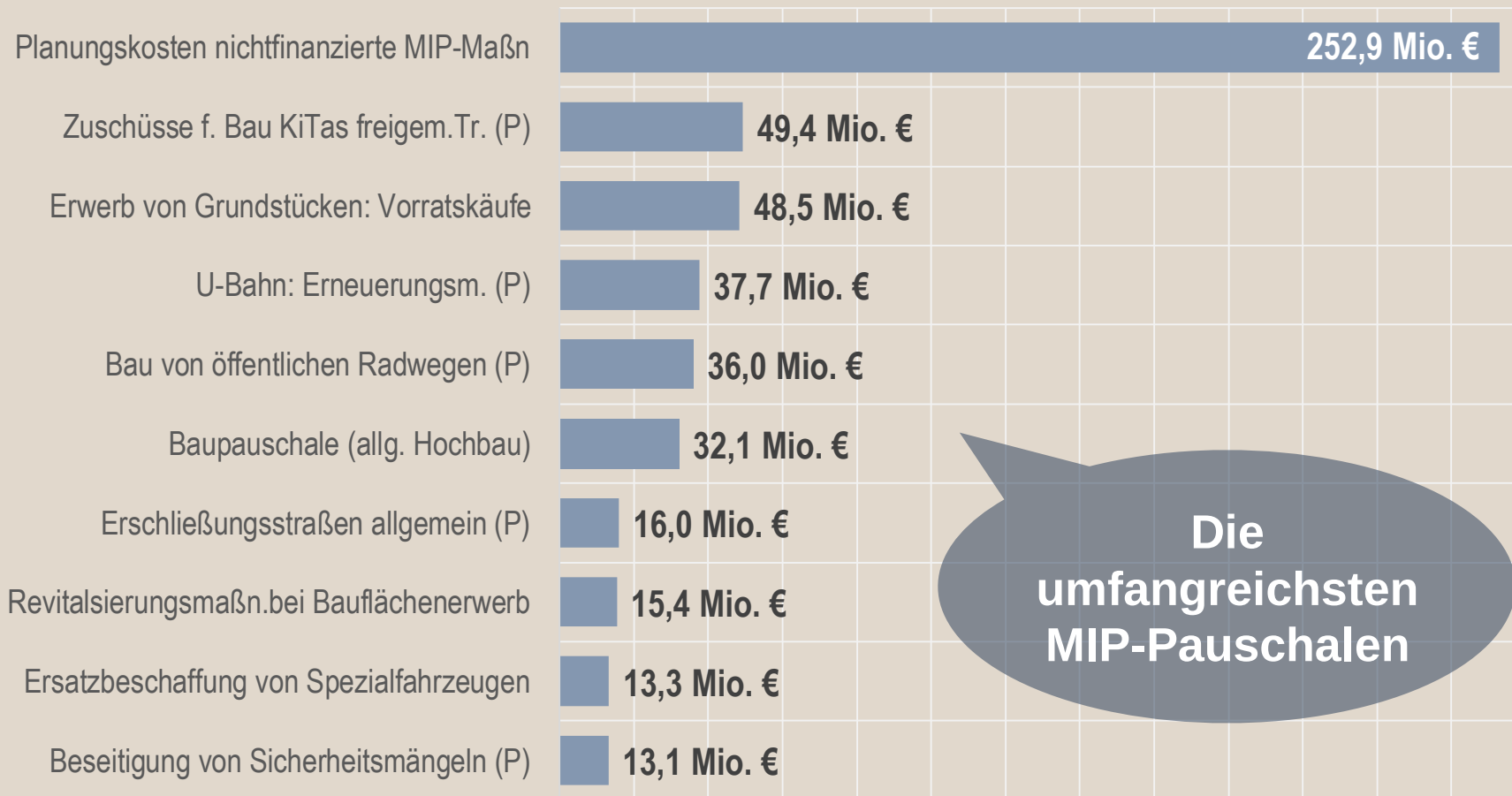
Die Eckdaten

Unsere Investitionen – eine Auswahl an Einzelmaßnahmen

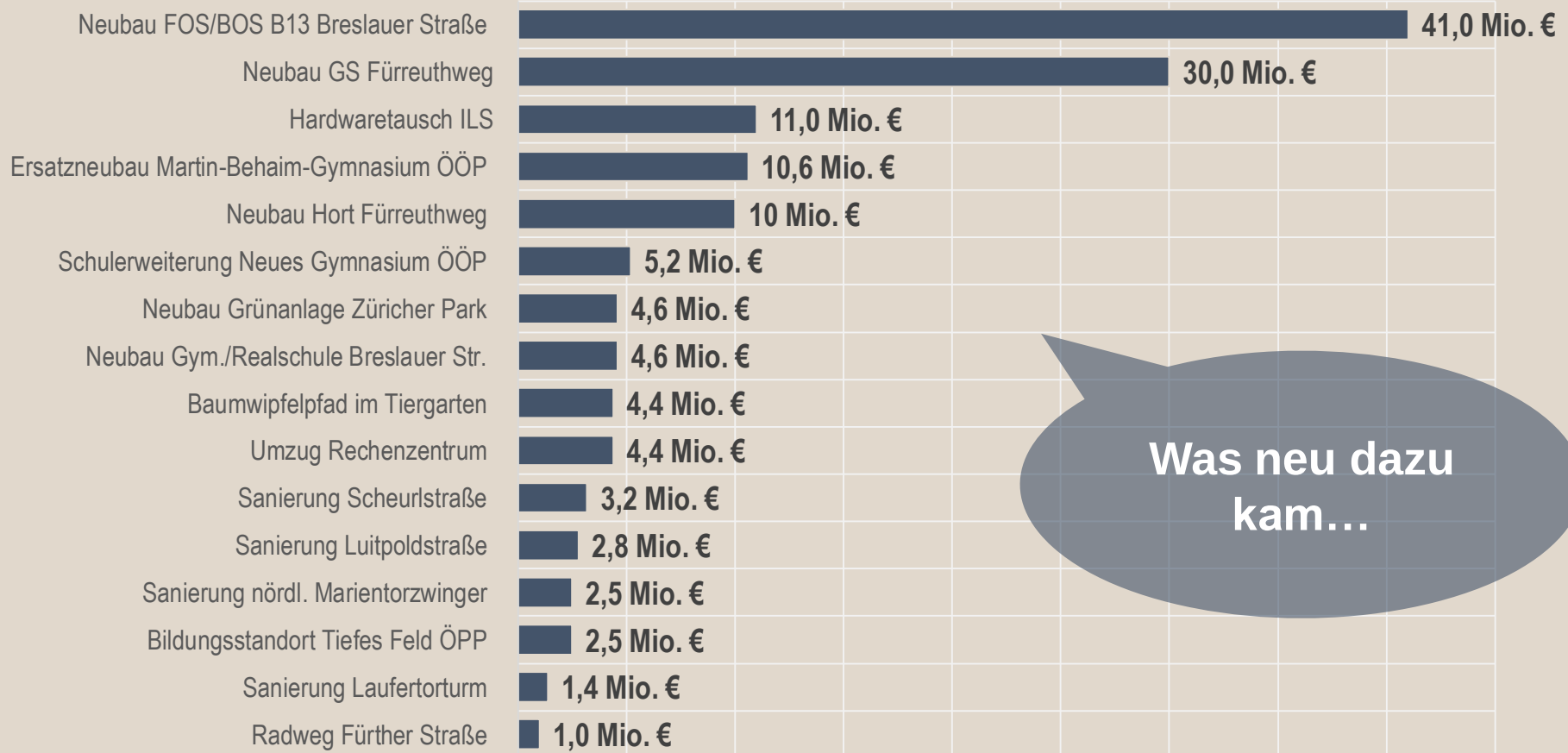
Investive Mittel im MIP-Zeitraum (2022-2025) ausgewählter fortgeschriebener MIP-Einzelmaßnahmen



Investive Mittel im MIP-Zeitraum (2022-2025) ausgewählter fortgeschriebener MIP-Pauschalen



Investive Mittel im MIP-Zeitraum (2022-2025) ausgewählter neuer MIP-Projekte



4

Die Eckdaten

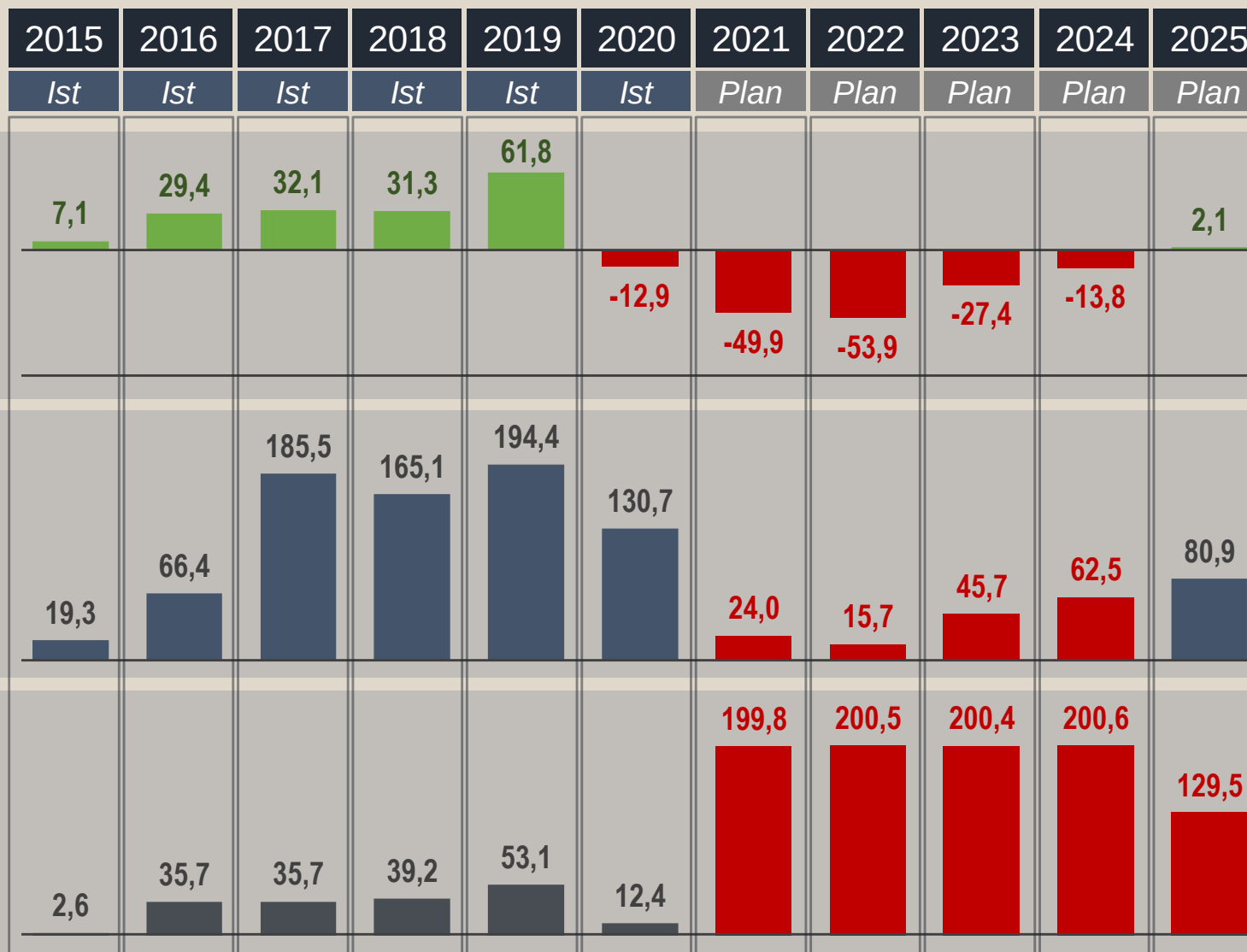
Auf einen Blick: die Dramaturgie in Zahlen

Alle Werte in Mio. €

Jahres-
ergebnis

Saldo aus
laufender
Verwaltungs-
tätigkeit

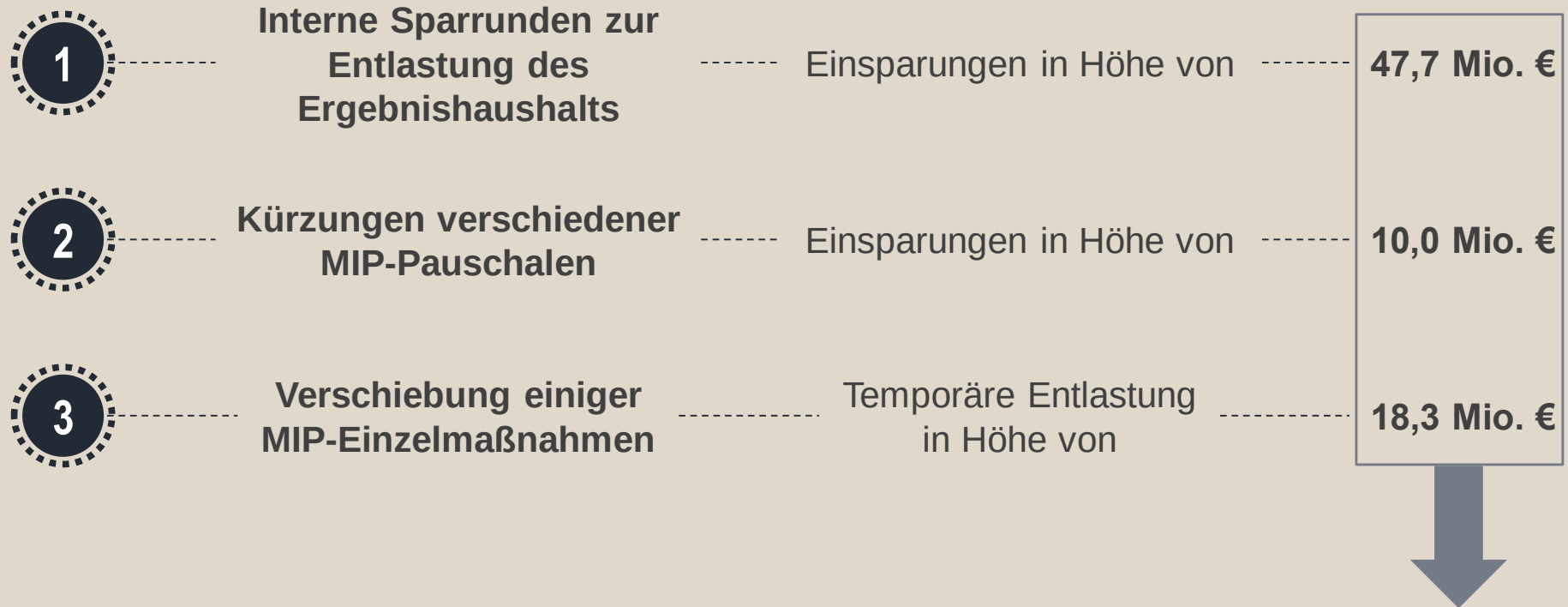
Nettoneu-
verschuldung



4

Die Eckdaten

Was wir bereits getan haben



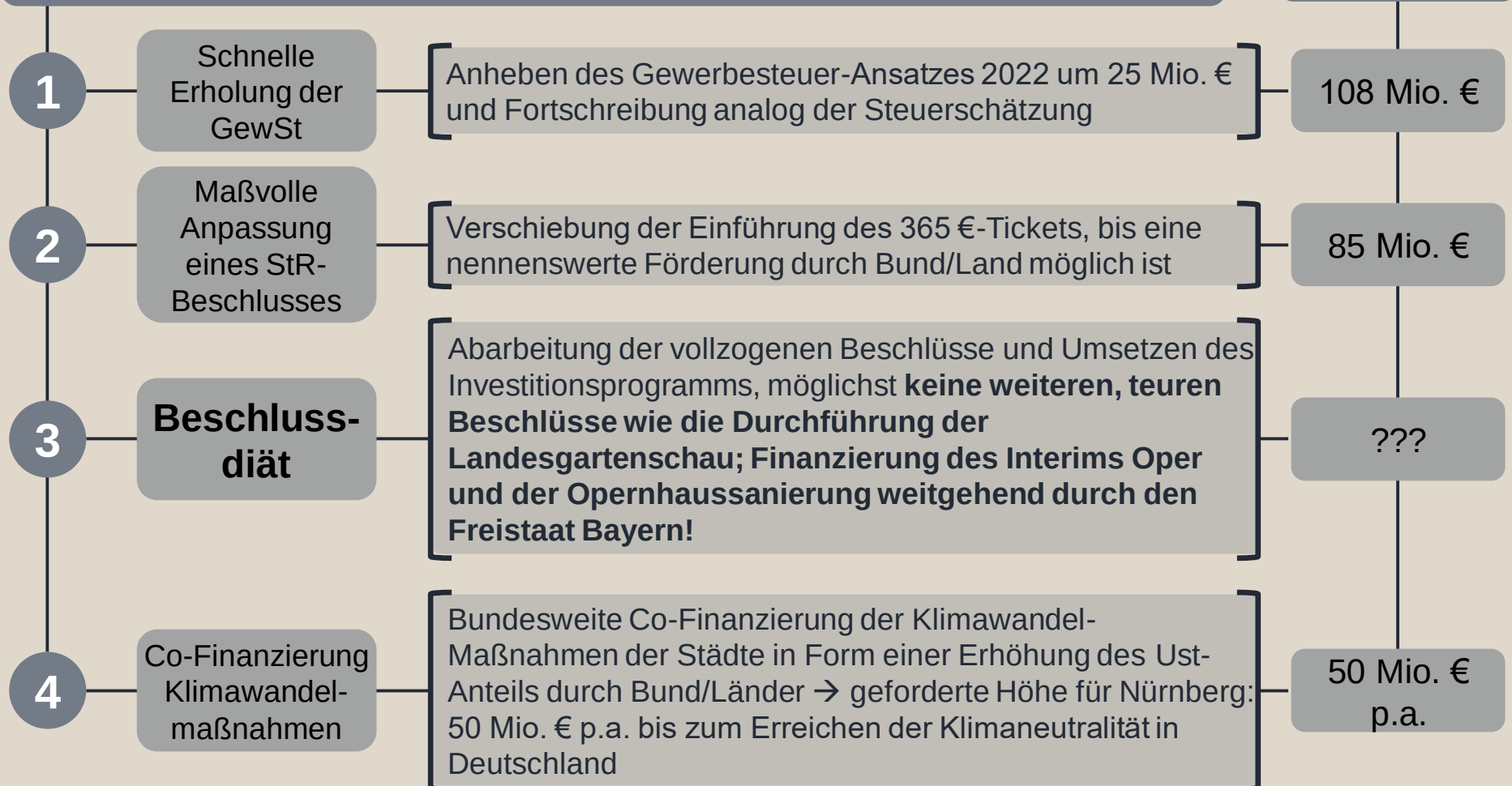
Im Haushaltsentwurf bereits berücksichtigte Entlastung in Höhe von **76 Mio. €**

Selbst handeln und Unterstützung bekommen

Maßnahmen auf vier Ebenen

Maßnahmen auf 4 Ebenen können den **Haushalt** und damit die wichtigsten Ziele des Stadtrats **sichern**

Entlastung des
Haushalts



5 FAZIT

1

Unsere finanzielle Leistungsfähigkeit und unsere Genehmigungsfähigkeit stehen dauerhaft auf dem Spiel !

2

Die Ursachen dafür sind ein Rekord-Investitionsprogramm, kontinuierlich zusätzliche Beschlüsse und Aufgaben sowie Einnahmen, die nicht in erforderlichlichem Maß mitwachsen !

3

Es drohen eine explodierende Verschuldung und der Verlust unserer Handlungsfähigkeit. Die finanzielle Nachhaltigkeit ist nicht mehr gegeben.

Der Nürnberger Stadtrat muss die Frage der finanziellen Belastbarkeit und Nachhaltigkeit wieder stärker in seinen Entscheidungen berücksichtigen, am besten schon in den kommenden Haushaltsberatungen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Referat für Finanzen,
Personal und IT

Theresienstr. 7
90403 Nürnberg

Harald Riedel

+49 (0)9 11 / 2 31-23 20
ref.i-ii@stadt.nuernberg.de
[http://www.stadtfinanzen-
verwaltung.nuernberg.de](http://www.stadtfinanzen-verwaltung.nuernberg.de)